Berlin. Aber normal.

Das Wahlprogramm der AfD Berlin

für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am

26. September 2021

AfD

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl
des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

Liebe Berlinerinnen und liebe Berliner,

Dr. Kristin Brinker

seit fünf Jahren ist die AfD im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten. Seit fünf Jahren arbeiten wir als starke Opposition im Interesse der Bürger Berlins. Wir haben Missstände und Steuergeldverschwendungen der Regierungskoalition aufgedeckt, eigene Konzepte entwickelt und in Gesetzesvorlagen gegossen. Unsere Abgeordneten haben sich in der letzten Legislaturperiode unermüdlich für Ihre Interessen stark gemacht.

Wir, die AfD, treten nun erneut an, um unsere schöne Stadt wieder liebens- und lebenswert zu machen.

Wir stehen für: BERLIN. ABER NORMAL

Die Alternative für Deutschland in Berlin möchte, dass sich Familien in unserer Stadt willkommen fühlen und Kinder ideologiefrei aufwachsen können. Schulen sollen Bildungsstätten in der Tradition des europäischen Humanismus sein, die unsere Kinder auf ein Leben in Freiheit und Wohlstand vorbereiten.

Wir brauchen eine vernünftige Wohnungsbaupolitik, die mehr und besseren Wohnraum schafft, statt eine den Sozialismus verklärende Enteignungsdebatte.

Zu einer lebenswerten Stadt gehört ebenso, dass sich jeder frei entscheiden kann, mit welchem Verkehrsmittel er sich bewegen möchte. Politik ist dazu da, die Grundlagen für eine Infrastruktur zu schaffen, die alle Bürger der Stadt einbezieht und nicht einzelne Verkehrsteilnehmer ausgrenzt.

Wir wollen für Berlin, was für andere Hauptstädte Europas selbstverständlich ist: Wirtschaftsmotor sein, Vorreiter in Forschung und Entwicklung, Kulturhauptstadt und eine grüne Oase inmitten städtischen Lebens. All dies ist nur mit einer Politik des gesunden Menschenverstandes zu schaffen, statt mit ideologischer Bevormundung.

Geben Sie uns am 26. September 2021 Ihre Stimme, dann stehen wir gemeinsam für unser BERLIN. ABER NORMAL

Herzlichst
Ihre ***Dr. Kristin Brinker***
Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin

1. Präambel 14

Rot-Rot-Grün gefährdet die Zukunft Berlins! 14

Berlin. Aber normal! 15

2. Familie und Jugend 18

Leitbild Familie 18

Familien aktiv fördern 18

Familien den Zugang zu Wohnraum erleichtern 19

Familien finanziell entlasten 20

Gegen Gender-Ideologie und Frühsexualisierung 21

Das Erziehungsrecht der Eltern stärken 22

Trennungsfolgen mindern, Väterrechte stärken 23

Wahlfreiheit statt Kita-Pflicht 24

Kita-Ausbau voranbringen, Tagesmütter und Betriebskindergärten stärken 25

Erzieherberuf attraktiver machen 25

Schwangerschaftsberatung muss auf Schutz des ungeborenen Lebens abzielen 26

Jugendförderung 27

3. Schule, Hochschule und Forschung 30

Klassische Bildung, Freiheit und Föderalismus 30

Bildung ist keine Ware 30

Realismus statt Ideologie – Kein Erfolg ohne Leistung 30

Differenzierung statt Gleichmacherei 31

Inklusion mit Augenmaß 32

Unterrichtsgarantie statt Mandalas malen 32

Digitalisierung ist notwendig, aber kein Allheilmittel 33

Lehrern den Rücken stärken 34

Deutsch als Schulsprache ist nicht verhandelbar 35

Islamisierung an unseren Schulen konsequent bekämpfen 36

Für Meinungsfreiheit und gegen Indoktrination 37

Für eine altersgerechte Sexualerziehung 38

Mobbing entschlossen entgegentreten 38

Aufwertung der dualen Berufsausbildung 39

Wettbewerbsfähige Forschung und Lehre ohne ideologischen Zwang 40

Freiheit von Wissenschaft und Forschung verteidigen 40

Nachgelagerte Studiengebühren sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit 41

Verfasste Studentenschaft reformieren 41

4. Innere Sicherheit und Justiz 44

Für mehr Sicherheit und eine wirksame Verbrechensbekämpfung 44

Rot-Rot-Grün gefährdet die Sicherheit Berlins 44

Unsere Polizei muss wieder uneingeschränkt handlungsfähig werden 45

Eine bessere Arbeitsumgebung und eine moderne Ausrüstung für unsere Polizei 46

Besoldung muss angemessen und gerecht sein 46

Wiedereinführung eines Freiwilligen Polizeidienstes 47

Mut zur Wahrheit in der Kriminalitätsstatistik 47

Schwerstkriminalität und Kinderpornografie effektiver bekämpfen 48

Verbot der Straßenprostitution 48

Organisierte Kriminalität und Clan-Strukturen effektiv bekämpfen 49

Ausländische Straftäter konsequent ausweisen 50

Aussteigerprogramm für ausstiegswillige Clan-Angehörige etablieren 50

Zeugenschutz und Verwertbarkeit von Zeugenaussagen gewährleisten 50

Kooperation und Datenaustausch zwischen den Behörden verstetigen und ausbauen 51

Entstehung neuer Gruppen offensiv begegnen 51

Staatsbürgerschaftsrecht reformieren – Einbürgerung der Clans stoppen 51

Eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung erfordert eine leistungsfähige Justiz 52

Reform der Justiz 52

Politischen Extremismus in jeder Erscheinungsform bekämpfen. Kein Rabatt für Linksextremisten. 55

Religiöser Extremismus bedroht die Demokratie 56

Kein „kultureller Rabatt“ bei Straftaten 56

„Berlin brennt!“ – Einsatzfähigkeit der Berliner Feuerwehr stärken 57

5. Einwanderung und Integration 60

Lebensqualität für die Berliner statt „Wachsende Stadt“ 60
Rückkehr zum Rechtsstaat: Abschiebungen durchsetzen und Remigration ermöglichen 61
Anreize für illegale Migration reduzieren – Asylmissbrauch verhindern 62
Keine weiteren MUFs – Ghettobildung verhindern 64
Integration als Bringschuld der Zuwanderer 65
Islamischen Fundamentalismus zurückdrängen 66
Berliner Neutralitätsgesetz stärken 67
Integration einfordern – Verweigerung sanktionieren 68
Die deutsche Staatsangehörigkeit kann es nur bei gelungener Integration geben 69
Vorrang für Einheimische auf dem Arbeitsmarkt 69

6. Wohnen und Städtebau 72

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Berlin 72
Sozialer Wohnungsbau: Mietzuschüsse statt ewiger Wartezeiten – Subjektförderung statt Objektförderung 73
Fehlbelegungsabgabe wieder einführen 73
Mehr Mietwohnungen durch weniger Regulierung 73
Milieuschutz begrenzen 74
Mehr Wohneigentum für die Berliner 75
Senkung der Grunderwerbssteuer und Einführung von Freibeträgen 76
Genossenschaften stärker fördern 76
Wohnnebenkosten senken 77
Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren durch Bürokratieabbau 77

7. Verkehr 80

Senat versagt auf ganzer Linie bei der Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur 80
Mobilitätspolitik für alle statt Schikanen für Autofahrer 80
Verkehr in Berlin muss schnell, zuverlässig, sicher und fortschrittlich sein 81
Konsequente Instandsetzung von Brücken und Straßen 81

Ausbau dringend benötigter Straßen – Weiterbau und Ringschluss A 100 82
Verbesserte Koordinierung von Baustellen 82
Intelligente Verkehrslenkung statt Dauerstau 82
U-Bahn- und S-Bahnnetz ausbauen – Qualitätsoffensive ÖPNV 83
Anbindung der Außenbezirke verbessern: Attraktive P&R-Angebote für Pendler schaffen 83
Berliner Verkehr als Ganzes gestalten 83
Verkehrserschließung im Gleichschritt mit dem Baugeschehen 84
Gleichberechtigung aller Verkehrsarten statt Bevorzugung von Rad- und Fußverkehr 84
BER besser anbinden und zukunftsfähig machen 85
Ruhenden Verkehr nicht verdrängen. Quartiersgaragen ermöglichen. Parkraumabzocke verhindern 85

8. Haushalt und Finanzen 88

Schuldenexplosion stoppen und Tilgungsplan auf den Weg bringen 88
Schuldenbremse muss in der Berliner Verfassung verankert werden 89
Pensionslasten nicht auf zukünftige Generationen abwälzen 89
Investitionsstau transparent und haushaltsverträglich abbauen 90
Steuerentlastungen für alle Bürger durchsetzen 90
Die Rechte des Landesrechnungshofes stärken 92
Steuergeldverschwendung als Straftatbestand der „Haushaltsuntreue“ einführen 93

9. Verwaltung und direkte Demokratie 96

Die öffentliche Verwaltung muss bürgernah, effizient und kostensparend werden 96
Hauptverwaltung 98
Bezirksverwaltungen 99
Landesrechnungshof 100
Verwaltungsdigitalisierung 101
Stärkung von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie 102
Parteien-Einfluss reduzieren, Doppelmandate und Parité-Gesetz verhindern 103

10. Arbeit und Soziales **106**

Sozial ist, was gerecht ist! 106
Sozialstaatsbremse in Ergänzung zur Schuldenbremse 106
Den Sozialstaat effizienter machen 106
Eigenverantwortung stärken. Soziale Leistungsfähigkeit sichern 107
Entwicklung der EU zu einer Sozialunion verhindern 108
Obdachlosen helfen 109
Duale Bildung und Qualifizierung als Schlüssel für den Arbeitsmarkt 110
Vereinfachung und Entbürokratisierung aller Sozialleistungen 111

11. Wirtschaft und Energie **114**

Berlin braucht ein neues Wirtschaftswunder 114
Ausbau Berlins zum innovativen Industriestandort 115
Investitionsoffensive 115
Gewerbeflächen sichern und transparent ausweisen 116
Leuchtturmprojekte und Hightech 116
Rückabwicklung von Hindernissen, keine Klientelpolitik 117
Bürokratie abbauen. Unternehmen entlasten 117
Privatisierung landeseigener Unternehmen 118
Berufliche Bildung und Weiterbildung fördern 118
Gemeinsame Strategie für die Metropolregion Berlin-Brandenburg entwickeln 119
Bargeld: ein Zahlungsmittel mit Zukunft 120
Bezahlbare und sichere Energie für Berlin 121

12. Gesundheit **124**

Krankenhäuser auskömmlich finanzieren 124
Rettungsstellen besser ausstatten 125
Übergriffe auf Rettungskräfte stoppen 126
Die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes wiederherstellen 126
Pflege attraktiver machen 127
Arbeitszeitmodelle und Bezahlung 127
Flächentarifvertrag 127
Deutsch als Verständigungssprache verbindlich machen 128
Katastrophenschutz wieder einsatzfähig machen 129

13. Kultur und Medien **132**

Kulturelle Identität stiften und kulturelles Erbe bewahren 132
Berlin als Kulturhauptstadt 133
Denkmalschutz und Kulturgutschutz 134
Leistungs- und Würdenträger gehören ins Stadtbild 135
Lehrkräfte an staatlichen Musik- und Kunstschulen besser bezahlen 136
Bürger vom Rundfunk-Zwangsbeitrag befreien 136
Meinungsfreiheit im Internet und in den sozialen Medien verteidigen 137

14. Sport **140**

Mehr Sportstätten für Berlin 140
Kreative Lösungen für neue Eisflächen 141
Wassersport Raum zur Entfaltung geben 141
Geschlossene Bäder wiedereröffnen und Berliner Bäderbetriebe sanieren 142
Knappe Ressourcen besser nutzen 142
Sport in der Schule 143
Ehrenamtliche Helfer besserstellen 143

15. Natur und Umwelt **146**

Mensch, Umwelt und Natur 146
Erhalt naturnaher Lebensräume in Berlin und seinem Umland 146
Wälder als Naherholungsgebiete für Mensch und Tier 147
Fassadenbegrünung mit Kletterpflanzen 147
Sauberes Wasser für unsere Stadt 148
Für eine ökologisch nachhaltige Laubbeseitigung 149

KAPITEL 1

Präambel

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl
des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

1. Präambel

Rot-Rot-Grün gefährdet die Zukunft Berlins!

Nach knapp fünf Jahren Rot-Rot-Grün herrschen in der Berliner Landespolitik Chaos, Planlosigkeit und ideologiegetriebenes Wunschdenken.

Statt die Berliner zusammenzubringen und unsere Stadt für die Zukunft fit zu machen, hat sich Rot-Rot-Grün wie Mehltau über die Stadt gelegt.

Zu keinem Zeitpunkt ist es der Linkskoalition gelungen, ein tragfähiges Zukunftskonzept für Berlin zu entwerfen.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Außer Bevormundung, Reglementierung und hypermoralischem Aktionismus hat Rot-Rot-Grün keine Rezepte für eine erfolgreiche Zukunft Berlins.

Stattdessen führt R2G auf vielen Politikfeldern einen Kulturkampf gegen die eigenen Bürger.

In der Verkehrspolitik werden die Autofahrer gnadenlos drangsaliert und mit Fahrverboten bedroht. Beim Wohnungsbau legt R2G den Rückwärtsgang ein: Enteignungen und staatliche Wohnraumbewirtschaftung sollen von der selbst verursachten Misere auf dem Wohnungsmarkt ablenken.

Auch in den Politikfeldern Zuwanderung und Integration, Innere Sicherheit, Energie und Klima, Bildung und Erziehung agiert der Senat in maßloser ideologischer Verblendung gegen die Interessen der Bürger.

Als Segnung der Legislaturperiode wird den Berlinern das vergiftete Geschenk eines zusätzlichen Feiertags am Internationalen Frauentag präsentiert, flankiert von einem völlig überzogenen Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG), das der Polizei unnötig die Arbeit erschwert.

Zu allem Überfluss werden die Berliner nicht nur ideologisch gegängelt, sondern auch stümperhaft regiert.

An allen Ecken und Enden, ob bei Schulen, Bürgerämtern, maroden Brücken oder Öffentlichem Nahverkehr murkst die rot-rot-grüne Chaostruppe zu Lasten der Berliner.

Funktionierende Verwaltung und funktionierende Schulen: Fehlanzeige!

Durchsetzung von Recht und Ordnung, konsequente Bekämpfung der Clan-Kriminalität: Fehlanzeige!

Berlin hat sich unter Rot-Rot-Grün zu einem „Failed State“ entwickelt, der sich vom „funktionierenden Teil Deutschlands“ verabschiedet hat (Boris Palmer).

Damit muss jetzt endlich Schluss sein!

Berlin. Aber normal!

Die Berliner sehnen sich danach, endlich anständig regiert zu werden, ohne Berieselung mit rot-rot-grünem Polit-Agitprop.

Sie wollen eine handlungsfähige Polizei, ein funktionierendes Verkehrssystem, Bürgerämter ohne endlose Wartezeiten und ausreichend Wohnungen für ihre Familien.

Eben Berlin. Aber normal!

Dafür steht die AfD! Für eine Politik für alle Berliner, und nicht nur für die rot-rot-grüne Klientel.

Für eine bürgerorientierte Politik des gesunden Menschenverstandes, die die alltäglichen Sorgen der Berliner ernst nimmt, statt sie zu pathologisieren.

Auf den folgenden Seiten zeigen wir in den wichtigsten Politikfeldern, was in Berlin schiefläuft und stellen dem unsere Konzepte für eine bessere Zukunft Berlins entgegen.

KAPITEL 2

Familie und Jugend

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

2. Familie und Jugend

Leitbild Familie

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Ohne starke Familien gibt es keine gute Zukunft für unser Land. Die AfD bekennt sich zur Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern.

Familien aktiv fördern

Trotz ihrer grundlegenden Bedeutung sind Familien vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Daher benötigen Familien den besonderen Schutz und die gezielte Förderung durch den Staat. Alle staatlichen Maßnahmen stehen aber unter dem Vorbehalt, dass sie nicht zu Eingriffen in die Ausgestaltung des Familienlebens führen dürfen.

Im Rahmen der Shell-Jugendstudie 2019 gaben 68 % der Jugendlichen an, später einmal eine Familie gründen zu wollen, 19 % waren noch unentschlossen. In der Vergangenheit hat sich allerdings gezeigt, dass viele junge Erwachsene ihren Kinderwunsch nicht wie beabsichtigt verwirklichen konnten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer aktivierenden, also geburtenfördernden Familienpolitik. Eine Fortsetzung der bestehenden Politik wird die demografische Katastrophe weiter verschlimmern und zu einem Zusammenbruch unserer Sozialversicherungssysteme führen, sollte hier nicht entschieden gegengesteuert werden.

DIE AFD FORDERT:

Eine höhere Priorisierung aktivierender familienpolitischer Maßnahmen. Der Staat hat die Pflicht, Anreize und Bedingungen zu schaffen, die ein „Ja zum Kind" ermöglichen. Elternschaft und Familienarbeit müssen finanziell erleichtert, aber vor allem auch durch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung aufgewertet werden. Einwanderung ist für uns kein zielführendes Mittel, um die demografische Krise zu bewältigen.

Familien den Zugang zu Wohnraum erleichtern

Die Gründung einer Familie stellt insbesondere in Berlin nicht nur für einkommensschwache Familien ein Armutsrisiko dar. Auch für Familien mit durchschnittlichem und überdurchschnittlichem Einkommen bedeutet die Geburt von Kindern eine erhebliche finanzielle Belastung. In Anbetracht der grundlegenden Bedeutung von Kindern für die Zukunft unserer Gesellschaft darf das nicht länger hingenommen werden.

Ein großes Problem für Eltern mit Kindern ist die Erlangung von ausreichend großem und bezahlbarem Wohnraum. Die AfD fordert deshalb einerseits die Priorisierung von Familien bei der Vermietung durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften und andererseits die Reduzierung der Grunderwerbssteuer für selbstgenutzten Wohnraum von Familien. Beim Wohnungsneubau ist darüber hinaus auf ausreichend große Zuschnitte der Wohneinheiten für kinderreiche Familien zu achten.

Familien finanziell entlasten

Durch eine in weiten Teilen familienfeindliche Steuer- und Abgabenpolitik werden viele Familien der mittleren und unteren Einkommensgruppen dem Zwang ausgesetzt, zwei volle Erwerbseinkommen zu erwirtschaften, wenn sie den Lebensstandard der jeweils kinderlosen Vergleichsgruppen aufrechterhalten wollen. Dies führt nicht selten zu großen Schwierigkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

DIE AFD FORDERT:

Den Wechsel zu einer familienfreundlichen Steuer- und Abgabenpolitik, die es Familien ermöglicht, sich auch mit nur einem Erwerbseinkommen ohne gravierende Einbußen des Lebensstandards ernähren zu können. Für diejenigen Eltern, die dennoch beide berufstätig sein wollen, müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass Familie und Beruf möglichst gut vereinbar sind.

Flankierend dazu muss das Ehegattensplitting durch weitere Initiativen auf Bundesebene zu einem Familiensplitting ausgebaut werden, um Familien steuerlich zu entlasten. Studenten soll die Kindererziehung durch Urlaubssemester, digitale Angebote, Erlass von BAföG-Schulden und den Ausbau der Kinderbetreuung auf dem Campus erleichtert werden.

Gegen Gender-Ideologie und Frühsexualisierung

Die Gender-Ideologie bestreitet naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Sogenannte geschlechtskritische oder identitätskritische Pädagogik richtet sich nicht am Wohl der Kinder aus, sondern dient dem ideologischen Wunschbild einer geschlechtsneutralen Gesellschaft.

Der Ansatz der sogenannten „Sexualpädagogik der Vielfalt“ ermuntert Kinder aktiv, die „lustvollen Seiten des Körpers“ bei sich und anderen auszuprobieren. Durch diesen gezielten Abbau der natürlichen Schamgrenze der Kinder wird sexuellem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

DIE AFD FORDERT:

Kitas und Schulen von Gender-Ideologie freizuhalten. Identitätszerstörende Geschlechterpolitik ist ein Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder.

Jede Frühsexualisierung in Kitas hat zu unterbleiben. Sexualerziehung darf nicht übergriffig sein. Das grundgesetzlich garantierte Recht der Eltern, ihre Kinder selbst zu erziehen, muss gewahrt werden.

Das Erziehungsrecht der Eltern stärken

Kinder entwickeln sich am besten innerhalb der eigenen Familie. Einige wenige Familien bedürfen dabei der staatlichen Unterstützung. Eine Fremdunterbringung durch das Jugendamt darf aber immer nur das letzte Mittel sein. Vor diesem Hintergrund bereitet die steigende Zahl der Inobhutnahmen Anlass zur Sorge. Die Anzahl der Inobhutnahmen ist in Berlin von 2011 bis 2018 von 1.768 Kindern auf 2.621 Kinder bzw. um 48 % gestiegen.

Hier fordert die AfD einen Kurswechsel. Die Familienförderung muss wieder stärker auf die Eigenverantwortung der Familien ausgerichtet werden mit dem Ziel, dass Kinder in ihren Familien bleiben können.

DIE AFD FORDERT:

Möglichkeiten zur kostenlosen Rechtsberatung zu stärken und Akteneinsicht unbürokratisch zu gewähren. Es muss eine Angemessenheitsprüfung aller Leistungen stattfinden. Die AfD wendet sich gegen eine „Verbleibensanordnung" als Regelfall. Die Rückkehr in die Familie muss schnellstmöglich vollzogen werden. Das Wunsch- und Wahlrecht für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach § 5 SGB VIII muss gewahrt werden.

Darüber hinaus muss eine unabhängige Kontrolle der Jugendämter und der freien Träger aufgebaut werden, um die Effektivität bestehender Hilfen fortlaufend zu evaluieren. Die Berliner Beratungs & Ombudsstelle JUGENDHILFE (BBO Jugendhilfe) muss besser bekannt gemacht werden, damit sich mehr Eltern an diese wenden können.

Trennungsfolgen mindern, Väterrechte stärken

In den letzten Jahren hat sich der Trend zu einer steigenden Zahl von Trennungen weiter fortgesetzt. Kinder sind die Hauptleidtragenden, wenn sich Eltern trennen. In diesen Fällen müssen die daraus resultierenden Nachteile für die Kinder begrenzt werden. Dazu gehört auch die umfassende Unterstützung von Alleinerziehenden in finanzieller und organisatorischer Hinsicht. Die Verfahren zur Bewilligung von Unterhaltsvorschuss müssen zügiger bearbeitet, die Rückholquoten verbessert werden.

Da ca. 90 % der Trennungskinder bei den Müttern aufwachsen, ist ein besonderes Augenmerk auf die Einbeziehung der Väter in die Kindererziehung nach einer Trennung zu legen. Denn Kinder brauchen Vater und Mutter, die jeweils unterschiedliche Aspekte für die Entwicklung der Kinder einbringen. Deshalb müssen die Umgangsrechte der Väter weiter gestärkt werden, und zwar sowohl der Väter ehelicher als auch nichtehelicher Kinder.

DIE AFD FORDERT:

Auch unverheiratete Väter sollen das automatische Sorgerecht für ihre nichtehelichen Kinder ab Geburt erhalten. Jedes Kind hat ein Recht auf Mutter und Vater.

Wahlfreiheit statt Kita-Pflicht

Welche Betreuungsform für ihre Kinder am geeignetsten ist, können die Eltern am besten beurteilen. Der Staat darf seine Vorstellungen von Kindeserziehung nicht an die Stelle der elterlichen Vorstellungen setzen.

Die AfD setzt sich für eine echte Wahlfreiheit bei der Betreuung von Kindern ein. Eltern sollen möglichst frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder in eine Einrichtung geben. Je nach individueller Veranlagung des Kindes sowie der Situation in der Einrichtung kann eine zu frühe Fremdbetreuung zu Verhaltensstörungen und Bindungsproblemen führen. Eltern dürfen deshalb nicht aus finanziellen Gründen gezwungen sein, ihre Kinder vor Ende des dritten Lebensjahrs abzugeben.

DIE AFD FORDERT:

Ein Landeserziehungsgehalt in Form einer Lohnersatzleistung bis zum dritten Lebensjahr des Kindes, um diese Wahlfreiheit zu gewährleisten.

Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund muss Deutsch als verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. Die AfD fordert, dass die entsprechende Fachaufsicht personell gestärkt und auskömmlich ausgestattet wird, um dies gewährleisten zu können.

Kita-Ausbau voranbringen, Tagesmütter und Betriebskindergärten stärken

DIE AFD FORDERT:

Einen bedarfsgerechten Ausbau des Kita-Angebots mit flexibilisierten Betreuungszeiten sowie eine stärkere Förderung von Tagesmüttern und Betriebskindergärten.

Zur Stärkung des Kita-Angebots sollen bei der Kita-Finanzierung die unterschiedlichen Mietlagen in Zukunft besser berücksichtigt und das System der pauschalen Kostenfinanzierung überarbeitet werden. Freie Träger sollen vom Druck der Erbringung des Eigenanteils befreit werden. Auch soll die Deckelung bei Zuzahlungen zurückgenommen werden, um Kitas mehr Freiheit in der Gestaltung ihrer Angebote zu belassen.

Erzieherberuf attraktiver machen

Erzieher tragen eine hohe Verantwortung für unsere Kinder und leisten einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft. Für den Beruf des Erziehers sind Einfühlungsvermögen, Organisationstalent, Belastbarkeit und pädagogisches Können erforderlich.

Um dem anhaltenden Erziehermangel zu begegnen, wollen wir den Erzieherberuf durch eine vergütete Ausbildung zum Erzieher sowie eine Anpassung an das höhere Gehaltsniveau in anderen Bundesländern attraktiver gestalten.

Schwangerschaftsberatung muss auf Schutz des ungeborenen Lebens abzielen

Die AfD dringt auf die Einhaltung der geltenden Rechtslage, nach der die Schwangerschaftskonfliktberatung vorrangig auf die Hilfe für die Schwangere und den Schutz des ungeborenen Lebens abzielt.

DIE AFD FORDERT:

Unterstützungsnetzwerke für Schwangere in Not stärker auszubauen. Denn Frauen, die über die Abtreibung ihres Kindes nachdenken, benötigen nicht nur eine Beratung in Gewissensfragen, sondern durch konkrete Unterstützungsangebote auch eine Perspektive für die Bewältigung der Elternschaft. Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist ergebnisoffen zu gestalten, die Pflichtberatung darf nicht zu einer Formalie verkommen. Auch über die Spätfolgen von Abtreibungen und das Post-Abortion-Syndrom (PAS) muss verstärkt aufgeklärt werden.

Gemäß § 6 Schwangerschaftskonfliktgesetz sollte, wo immer möglich, auch der Erzeuger zum Beratungsgespräch hinzugezogen werden. Ebenso ist die Möglichkeit einer Freigabe zur Adoption als mögliche Alternative zu einem Schwangerschaftsabbruch stärker in den Vordergrund zu rücken.

Jugendförderung

Die AfD vertritt das Konzept einer integrierten und lebensweltorientierten Jugendarbeit. Einer Überpädagogisierung der Jugendarbeit, die ihre Zielbestimmungen jenseits der Interessen der Jugendlichen sucht, erteilt die AfD eine Absage. Die Angebote der Vereine wie auch der Kirchen im Bereich Sport und Kultur sollten gegenüber staatlichen Angeboten Vorrang genießen.

KAPITEL 3

Bildung und Forschung

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

3. Schule, Hochschule und Forschung

Für Leistung und gegen eine ideologisierte Schul- und Hochschulpolitik

Klassische Bildung, Freiheit und Föderalismus

Im Zentrum des Bildungswesens stehen freie Individuen mit unterschiedlichen Eigenschaften, Interessen und Zielen. Diese jungen Menschen wertzuschätzen, zu fördern und zu fordern, ist Aufgabe aller Bildungsinstitutionen und Grundanliegen einer freiheitlich-demokratischen Bildungspolitik.

Die AfD steht zum föderalen Prinzip: Bildung ist Ländersache und darf weder von der Bundesebene noch von der EU-Ebene diktiert werden.

Bildung ist keine Ware

Schulische Bildung hat den ganzheitlichen Auftrag, Menschen auch im körperlichen und künstlerischen Sinne zu fördern sowie zu eigenverantwortlich denkenden und verantwortungsbewusst handelnden Persönlichkeiten zu erziehen.

Wir wenden uns daher gegen eine Ökonomisierung des Bildungswesens. Eine Reduzierung des Bildungsgedankens auf schlichte Nützlichkeitsaspekte lehnen wir ab. Die Unabhängigkeit unserer Schulen und Hochschulen muss gegen kommerziellen und ideologischen Einfluss verteidigt werden.

Realismus statt Ideologie – Kein Erfolg ohne Leistung

Bildung ist kein Allheilmittel für die Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Schule hat die Aufgabe, junge Menschen auf ihr Leben vorzubereiten. Dabei ist schulisches Lernen ohne Leistung und ohne Anstrengung nicht denkbar. Bildungserfolg hängt immer auch von der Leistungsbereitschaft und dem Einsatz jedes Einzelnen ab und kann nicht einfach verabreicht werden. Schüler müssen die Erfahrung machen, dass sich die Anstrengung

des Lernens lohnt. Und Lehrern sollte zugetraut werden, ehrliche und eindeutige Rückmeldungen geben zu können. Daher stehen wir für die Beibehaltung eines transparenten Notensystems.

Bildung und Wissen sind neben der Voraussetzung für den individuellen Erfolg die entscheidenden Grundlagen, um künftigen Generationen soziale Sicherheit und Wohlstand in Freiheit zu ermöglichen. Deswegen dürfen das Leistungsvermögen unserer Kinder und die Fortführung unserer Tradition als Bildungsnation nicht länger durch linksgrüne Bildungsexperimente aufs Spiel gesetzt werden.

Die AfD setzt sich für eine pragmatische anstatt einer ideologiegetriebenen Bildungspolitik ein und vertritt dabei ein realistisches Menschenbild in der Tradition des europäischen Humanismus.

Differenzierung statt Gleichmacherei

Kinder haben unterschiedliche Eigenschaften, Interessen und Bedürfnisse. Bildungsgerechtigkeit beinhaltet, jeden Schüler seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechend bestmöglich zu fördern.

Wir sprechen uns für den Erhalt eines gegliederten Schulsystems in Berlin aus. Statt Einheitsschulen, in denen nicht nach Leistung und Begabung differenziert wird, brauchen wir Gymnasien und Sekundarschulen sowie gut ausgestattete Praxisschulen für Schüler mit überwiegend praktischen Begabungen und Interessen. Dort können Schüler eine Berufsfähigkeit erlernen und die Berufsschulreife erlangen. Den Gymnasien ist es grundsätzlich freizustellen, die Schüler bereits ab Klasse 5 aufzunehmen. Allen Tendenzen, die Einheitsschule einzuführen, widersetzen wir uns.

Inklusion mit Augenmaß

Nach Auffassung der AfD kann das Konzept der Inklusion (gemeinsames Lernen von Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf) das vorbildliche deutsche Förderschulsystem nicht ersetzen. Deshalb wenden wir uns gegen das Konzept der Inklusion um jeden Preis.

DIE AFD FORDERT:

Den Erhalt der spezialisierten Förderschulen und des entsprechenden Studienprofils. Nur eigens qualifizierte Lehrkräfte können adäquat auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit besonderem Förderbedarf und deren Familien eingehen. Hierfür müssen genügend Förderlehrer ausgebildet werden.

Unterrichtsgarantie statt Mandalas malen

Ca. 2.000.000 Unterrichtsstunden werden pro Schuljahr im Land Berlin nicht planmäßig erteilt. Das entspricht 10 % des gesamten Unterrichts. Unterrichtsausfall in dieser Größenordnung wie auch nicht fachgerecht erteilter Unterricht verringern die Erfolgschancen für unsere Berliner Schüler. Mit geschönten Statistiken versucht der Senat, über diese eklatanten Missstände hinwegzutäuschen.

DIE AFD FORDERT:

Neue Kriterien zur transparenten Erfassung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls zu schaffen und unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Vertretungsunterricht muss, wo immer möglich, von Fachlehrern gegeben werden. Deswegen fordern wir ein „Unterrichtsgarantiegesetz", das auf eine Lehrerausstattung von 110 % zielt.

Digitalisierung ist notwendig, aber kein Allheilmittel

Die Altparteien preisen Digitalisierung als Wunderwaffe zur Lösung sämtlicher Probleme im Schulwesen. Doch solange die entsprechenden pädagogischen Konzepte fehlen, bleibt Digitalisierung nur ein Schlagwort ohne klares Ziel.

Wertebasierte Erziehung zu Tugend und Fleiß sowie das Einüben und Erlernen zwischenmenschlicher Kompetenzen lassen sich niemals durch Technik ersetzen.

Als Ergänzung im Rahmen eines pädagogischen Gesamtkonzeptes sind digitale Anwendungen allerdings sinnvoll. Berlins Schulen sind im Bundesvergleich jedoch sehr schlecht auf die Nutzung von digitalen Bildungsangeboten vorbereitet. Es mangelt an elementarer Infrastruktur wie Datenverkabelung, WLAN-Zugangspunkten, digitalen Whiteboards und Beamern.

Da die rot-rot-grüne Landesregierung im Hinblick auf den „Digitalpakt Schule" zu langsam arbeitet, drohen zum einen hohe Bundeszuschüsse zu verfallen, zum anderen sind die Folgekosten für Wartung und Software nicht geklärt.

DIE AFD FORDERT:

Vor dem Hintergrund des Berliner Behördenversagens fordert die AfD eine Beendigung des Kompetenzwirrwarrs zwischen Senat und Bezirken, um zielorientiert an einer besseren IT-Ausstattung der Schulen arbeiten zu können. Ein zentrales Projektsteuerungsbüro für Schuldigitalisierung ist unverzüglich einzurichten. Dadurch sollen alle Schulen zeitnah mit digitaler Infrastruktur ausgestattet werden.

Lehrern den Rücken stärken

Die Bildungsexperimente der letzten Jahrzehnte haben Lehrern, Eltern und Schülern das Leben zunehmend schwerer gemacht. Die verordnete Kuschelpädagogik hat das Verhältnis von Lehrern und Schülern keineswegs entspannt. Sie entspricht auch nicht den Bedürfnissen der Heranwachsenden. Hinzu kommt, dass falsche Vorstellungen von Inklusion die Probleme an den Schulen zusätzlich erschwert haben. Auch digitale Lösungen können nur punktuell Abhilfe schaffen.

Es führt daher kein Weg daran vorbei, dass Berlin seine Anstrengungen zur Gewinnung von gut ausgebildetem und durchsetzungsstarkem Lehrernachwuchs weiter verstärkt. Zu diesem Zweck müssen auch die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte deutlich verbessert werden. Lehrer müssen in einem geregelten Umfeld arbeiten können und sich bei verbalen oder körperlichen Angriffen der Unterstützung von Schulverwaltung und Schulaufsicht sicher sein können.

Um das zu erreichen, bedarf es keiner zusätzlichen Gängelung von oben, sondern eines Vertrauensvorschusses gegenüber den Lehrern. Deren Arbeitsbedingungen müssen deutlich verbessert werden, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Dazu gehört auch, den Lehrern klarere Sanktionsmöglichkeiten bei Unterrichtsstörungen und disziplinarischem Fehlverhalten an die Hand zu geben. Was Berlins Schulen jetzt benötigen, ist eine Einstellungsoffensive für qualifizierte Fachlehrer statt immer mehr Quereinsteiger. Um diesem Ziel näher zu kommen und den Lehrerberuf zusätzlich aufzuwerten, treten wir für die Verbeamtung von Lehrern in Berlin ein.

Deutsch als Schulsprache ist nicht verhandelbar

Die deutsche Sprache und die mit ihr verbundene Kultur sind Grundlage und Ziel sämtlicher Bildungsbemühungen. Pflege und Durchsetzung von Deutsch als Schulsprache innerhalb und außerhalb des Unterrichts müssen für alle Lehrkräfte selbstverständlich und verbindlich sein.

Die AfD schlägt daher vor, Deutsch als verpflichtende Schulsprache im Berliner Schulgesetz zu verankern.

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, der deutschen Sprache in der frühkindlichen Bildung und in der Grundschule einen höheren Stellenwert beizumessen.

Mindestens zwei Jahre vor der Einschulung muss eine verbindliche Sprachstandsfeststellung eventuelle Defizite beim altersgerechten Lernen der deutschen Sprache aufzeigen. Diese sollen durch gezielte Sprachförderung ausgeglichen werden. Die Teilnahme daran muss verpflichtend sein.

Wir fordern außerdem, den Schulversuch „Deutsch-Garantie-Klasse“ wieder aufzunehmen.

Islamisierung an unseren Schulen konsequent bekämpfen

Lehrer sehen sich damit konfrontiert, dass unser freiheitlich-demokratisches Wertesystem immer wieder von muslimischen Schülern abgelehnt und mit Füßen getreten wird. Insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen wird durch den vordringenden Islamismus an unseren Schulen und durch falsch verstandene Toleranz zunehmend in Frage gestellt.

DIE AFD FORDERT:

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Islamisierung auch an unseren Schulen fordert die AfD die kompromisslose Durchsetzung der Werte unseres Grundgesetzes im Rahmen von Schule und Unterricht. Das Neutralitätsgesetz ist beizubehalten und darf nicht ausgehöhlt werden. Schulsenat, Schulleitungen und Lehrer müssen hier an einem Strang ziehen.

Für Meinungsfreiheit und gegen Indoktrination

Wir erleben zunehmend ein gesellschaftliches Klima, in dem Meinungskorridore eingeengt und Abweichungen vom politisch korrekten Zeitgeist geächtet werden. Dass es in einer pluralen Gesellschaft unterschiedliche politische Herangehensweisen im Hinblick auf beispielsweise den Umwelt- und Klimaschutz oder etwa verschiedene Sichtweisen auf die Zukunft der Europäischen Union gibt, scheint auch für viele Lehrer keine Selbstverständlichkeit mehr zu sein. So verfestigen sich dogmatische Sichtweisen leider gerade auch im Politikunterricht an Berliner Schulen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass im schulischen Rahmen und insbesondere im Politikunterricht das Indoktrinationsverbot (analog zum „Beutelsbacher Konsens“) konsequent durchgesetzt wird. Die Erziehung zu kritischem Denken und die Toleranz gegenüber anderen Meinungen müssen im Unterricht immer wieder eingeübt und verteidigt werden. Insbesondere im Politik- und Gemeinschaftskundeunterricht sollten verschiedene Positionen zur Darstellung gebracht und die Ergebnisoffenheit von demokratischen Entscheidungsprozessen betont werden. Absolutheitsansprüche, aus welcher politischen Richtung auch immer, widersprechen dem freiheitlichen Bildungsideal und dem demokratischen Geist unseres Bildungswesens.

Für eine altersgerechte Sexualerziehung

Im erzieherischen Umgang mit der sich entwickelnden Sexualität von Kindern und Jugendlichen gehen zunehmend Sensibilität und pädagogisches Verantwortungsbewusstsein verloren. Dabei stehen sexuelle Minderheiten unverhältnismäßig oft im Zentrum des Sexualkundeunterrichts.

Nach Auffassung der AfD ist Sexualerziehung in erster Linie eine Aufgabe der Eltern. Sexualkundeunterricht muss sich am Entwicklungsstand der Kinder orientieren und darf diese nicht überfordern. Es soll über die Körperteile, das Zustandekommen menschlichen Lebens, die Gefahren ansteckender Krankheiten sowie Schutzmöglichkeiten beim Geschlechtsverkehr aufgeklärt werden. Auch die Familiengründung sollte im fächerverbindenden Sexualkundeunterricht Thema sein. Der Rahmenlehrplan muss bezüglich des Themas Sexualerziehung überarbeitet werden.

Mobbing entschlossen entgegentreten

Mobbing kann jeden Schüler treffen. Die gesundheitlichen Folgen sind gravierend. Statt auf qualifizierter Basis einzugreifen, schauen viele Pädagogen weg oder verharmlosen Mobbing, weil sie nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen.

Die AfD wird in Anlehnung an das Programm nach Dan Olweus flächendeckend schulische Konzepte gegen Mobbing umsetzen. Dazu gehört auch, Lehrer und Lehramtsanwärter gezielt zum Thema Mobbing zu schulen. Da Mobbing heutzutage vermehrt in den sozialen Medien stattfindet, muss auch dieser Aspekt ausreichende Berücksichtigung finden.

Aufwertung der dualen Berufsausbildung

Deutschland braucht nicht nur Akademiker, sondern auch gut ausgebildete Arbeiter und Handwerker. Die Überfüllung der Berliner Universitäten gefährdet zunehmend ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Universitäten können nur dann nachhaltig Spitzenforschung betreiben, wenn sie nicht auch gleichzeitig den berufsspezifischen Ausbildungsbedarf breiter Bevölkerungsschichten decken sollen.

DIE AFD FORDERT:

Neben der Universitätsausbildung das bewährte duale Bildungssystem zu erhalten und die nichtakademischen Berufe gleichwertig zu fördern. Wir setzen auf duale Bildung als das beste Mittel zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und zur Integration breiter Bevölkerungsschichten in den Arbeitsmarkt.

Wettbewerbsfähige Forschung und Lehre ohne ideologischen Zwang

Die AfD setzt sich für international wettbewerbsfähige und forschungsorientierte Universitäten ein. Nur freie Forschung und Wissenschaft schaffen wissenschaftlichen Fortschritt. Universitäre Forschung darf nicht fachfremden Zwängen oder Ideologien unterworfen werden. Die Überregulierung der Hochschulen und die Verschulung der Bachelor- und Masterstudiengänge müssen wieder verringert werden.

Die AfD spricht sich für die Möglichkeit zur Wiedereinführung bewährter Studienabschlüsse wie Magister, Staatsexamen und Diplom aus. Für uns ist der seit über einem Jahrhundert international geachtete „Dipl.-Ing." auch ein akademischer Grad mit Zukunft.

Wissenschaft muss selbstkritisch und ergebnisoffen sein. Die Förderung pseudowissenschaftlicher Geschlechterstudien (Gender Studies), die die Prinzipien der Wissenschaftlichkeit missachten, ist darum zu beenden.

Freiheit von Wissenschaft und Forschung verteidigen

Der freiheits- und wissenschaftsfeindliche Furor linksradikaler Gruppen an unseren Universitäten entwickelt sich in Kombination mit der Tendenz zur „Cancel Culture" immer mehr zu einer Bedrohung für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Nichtlinke Lehrkräfte und Studenten werden regelmäßig eingeschüchtert und Meinungsäußerungen, die nicht dem linken Spektrum entsprechen, unterdrückt.

Die AfD steht für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung und für die freie Rede an unseren Hochschulen.

Nachgelagerte Studiengebühren sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit

Die AfD setzt sich für die Einführung nachgelagerter Studiengebühren ein, weil dies sozial gerecht ist und den Universitäten zusätzliche Mittel für eine exzellente Lehr- und Forschungstätigkeit an die Hand gibt.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Kosten für die Ausbildung von Akademikern durch Handwerker, Arbeiter und andere Nichtakademiker quersubventioniert werden sollen.

Um kein unwägbares Risiko durch die Aufnahme eines Studiums einzugehen, soll die Höhe der Rückzahlung von der Höhe des späteren Einkommens abhängig sein. So kann jeder, der von einem Studium profitiert, der Gemeinschaft etwas zurückgeben, ohne ein finanzielles Risiko einzugehen.

Verfasste Studentenschaft reformieren

Die Gremien der Verfassten Studentenschaft an den Berliner Universitäten haben in den letzten Jahren durch Korruptionsvorwürfe und Intransparenz von sich reden gemacht. Oftmals verfolgen studentische Amtsträger die Interessen linksradikaler Kleingruppen, statt das Wohl aller Studenten im Auge zu behalten. Mit einer Wahlbeteiligung von unter 10 % fehlt es den studentischen Gremien zudem an politischer Legitimation. Immer wieder maßen sie sich ein „allgemeinpolitisches Mandat" an, das ihnen nicht zusteht.

DIE AFD FORDERT:

Die Verfasste Studentenschaft einer grundlegenden Reform zu unterziehen und nach bayerischem Vorbild in Richtung einer Unabhängigen Studentenschaft weiterzuentwickeln. Der verfassungsrechtlich bedenkliche Zwangsbeitrag für alle Studenten muss entfallen.

KAPITEL 4

Sicherheit und Justiz

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

4. Innere Sicherheit und Justiz

Für mehr Sicherheit und eine wirksame Verbrechensbekämpfung

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört es, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Das Gewaltmonopol des Staates ist dazu da, die Bürger vor Kriminalität zu schützen und das Grundrecht auf Eigentum und Unversehrtheit der Person zu garantieren. Das setzt eine handlungsfähige Polizei und ein leistungsfähiges Justizwesen voraus. In beiden Bereichen sehen wir in Berlin erheblichen Handlungsbedarf.

Rot-Rot-Grün gefährdet die Sicherheit Berlins

Fünf Jahre Rot-Rot-Grün haben deutlich gezeigt, dass der gegenwärtige Senat ein Sicherheitsrisiko für Berlin darstellt! Sowohl das neu geschaffene „Landesantidiskriminierungsgesetz“ als auch das „Gesetz zur Einführung eines Bürger- und Polizeibeauftragten“ sowie die völlig verfehlte Novellierung des „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes“ zeugen von einem weitgehenden Realitätsverlust der rot-rot-grünen Parlamentsmehrheit und sind Ausdruck einer unverhohlenen Polizeifeindlichkeit.

DIE AFD FORDERT:

Die sofortige Aussetzung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und eine Überarbeitung des Gesetzes zur Einführung eines Bürger- und Polizeibeauftragten sowie des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes.

Unsere Polizei muss wieder uneingeschränkt handlungsfähig werden

Seit 2001 wurde der Personalkörper der Berliner Polizei mehr und mehr verringert. Erst in den letzten Jahren wurde nachgebessert, auch auf massiven Druck der AfD. Dieser personelle Aufwuchs muss weiter fortgesetzt werden, nicht zuletzt, um den demografisch bedingten Entwicklungen entgegenzuwirken. Dabei darf es keine Senkung der Einstellungsvoraussetzungen geben. Ebenso lehnen wir jede Art der Quotenregelung ab. Um einen Wissenstransfer zwischen diensterfahrenen und jungen Beamten zu fördern, muss eine freiwillige Dienstzeitverlängerung auch weiterhin möglich sein.

UM DIE HANDLUNGSFÄHIGKEIT UNSERER POLIZEI WIEDERHERZUSTELLEN, FORDERN WIR IM EINZELNEN:

- ***Eine Ermächtigungsgrundlage zum Einsatz des Distanzelektroimpulsgeräts (Taser)***
- ***Eine Entfristung der Rechtsgrundlage zum Einsatz von Bodycams***
- ***Die Schaffung einer gesetzlichen Landesregelung für den finalen Rettungsschuss durch Polizeibeamte***
- ***Eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum mit dem Schwerpunkt auf kriminalitätsbelastete Orte***
- ***Eine Schaffung der Rechtsgrundlage zur Schleierfahndung***

Eine Verankerung der Kennzeichnungspflicht im Polizeigesetz halten wir hingegen nicht für erforderlich. Wir müssen alles vermeiden, was die Polizei an der Ausübung ihres rechtsstaatlichen Auftrags hindert. Aus diesem Grund plädieren wir auch dafür, Polizisten wieder das Tragen der Dienstwaffe in der Freizeit zu ermöglichen.

Eine bessere Arbeitsumgebung und eine moderne Ausrüstung für unsere Polizei

Der Sanierungsrückstau der Liegenschaften der Berliner Polizei beläuft sich derzeit auf knapp eine Milliarde Euro. Marode Gebäude, Schimmelbildung und braunes Wasser aus den Leitungen sind ein unhaltbarer und unzumutbarer Zustand für unsere Polizei.

DIE AFD FORDERT:

Die Ausrüstung und Ausstattung der Polizei unverzüglich den aktuellen Anforderungen anzupassen. Schutzausstattung, Bewaffnung und technische Ausrüstung müssen dem Stand der Technik entsprechen.

Besoldung muss angemessen und gerecht sein

Seit Jahren verstößt das Land Berlin gegen den Grundsatz der leistungsgerechten Alimentierung seiner Beamten. Auch jüngste Anpassungen können die Lücke im Vergleich zum Bund und zu anderen Bundesländern nicht ausgleichen.

DIE AFD FORDERT:

Die Anhebung der Zulagen auch in den kommenden Jahren weiter fortzuführen.

Wiedereinführung eines Freiwilligen Polizeidienstes

Die AfD setzt sich für die Wiedereinführung eines Freiwilligen Polizeidienstes in Berlin ein.

Mut zur Wahrheit in der Kriminalitätsstatistik

Grundlage für eine problemorientierte Polizei- und Justizarbeit ist eine aussagekräftige Kriminalstatistik. Der Öffentlichkeit darf nicht weiter Sand in die Augen gestreut werden.

DIE AFD FORDERT:

Die Staatsangehörigkeit und den Migrationshintergrund bei Straftätern klar zu benennen. Ebenso ist, wie bei fremdenfeindlichen, auch auf mutmaßliche deutschenfeindliche Hintergründe hinzuweisen.

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, eine Dunkelfeldstudie für nicht angezeigte Straftaten in Auftrag zu geben und zu veröffentlichen. Die Ergebnisse sollen eine verbesserte Lageeinschätzung zur Kriminalität in Berlin ermöglichen und so geeignete Gegenmaßnahmen erleichtern.

Schwerstkriminalität und Kinderpornografie effektiver bekämpfen

Die AfD setzt sich dafür ein, effektiver gegen Schwerstkriminalität und Kinderpornografie vorzugehen. Dazu sind weitreichende gesetzliche Regelungen notwendig.

Daten von Verdächtigen sollen mit Richterbeschluss über einen längeren Zeitraum gespeichert werden können, um diese im Einzelfall und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze für Ermittlungszwecke zu verwenden. Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

Kriminelle Familienclans, Rockerbanden und andere Gruppierungen mit mafiösen Strukturen stellen den Rechtsstaat in Frage, betreiben Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, sie zwingen Frauen, Mädchen und junge Männer zur Prostitution und begehen schwere Diebstahlsdelikte und gefährliche Körperverletzungen bis hin zum Mord. Mit den erfassten Daten können Täterstrukturen besser erkannt, Bewegungsprofile erstellt und Beweismittel länger erhoben werden.

Tatverdächtige der organisierten Kriminalität sollten analog zum „Neuköllner Modell“ innerhalb von 48 Stunden dem Bereitschaftsrichter zur Vorbereitung einer Hauptverhandlung vorgeführt werden.

Verbot der Straßenprostitution

DIE AFD FORDERT:

Eine Ausweitung des Sperrgebiets für die legale öffentliche Prostitution auf ganz Berlin (Artikel 297 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch [EGStGB]). Das Verbot zur Praktizierung der öffentlichen Prostitution soll sich dabei ausschließlich auf Straßenstriche beziehen. Die Prostitution in geschlossenen Räumlichkeiten ist davon nicht berührt.

Organisierte Kriminalität und Clan-Strukturen effektiv bekämpfen

Mit 56 Ermittlungskomplexen im Jahr 2019 ist Berlin in Relation zur Einwohnerzahl die Hauptstadt der organisierten Kriminalität. Angesichts eines Anteils von 60 % ausländischer Tatverdächtiger ist die organisierte Kriminalität überwiegend importierte Kriminalität.

Dies zeigt sich besonders deutlich bei der Clan-Kriminalität, die ihren Ursprung in der Asylzuwanderung der 70er- und 80er-Jahre hat. Auch sie hat einen ihrer Schwerpunkte in Berlin und konnte sich aufgrund eklatanter politischer Versäumnisse jahrzehntelang fast ungehindert ausbreiten. Umso dringlicher ist es jetzt, sie konsequent zu bekämpfen und alle rechtsstaatlich gebotenen Maßnahmen zu ergreifen.

DIE AFD FORDERT:

Die Beschlagnahme und Einziehung kriminell erworbenen Vermögens auf alle Clans und OK-Strukturen auszuweiten.

Die Vermögensabschöpfung von 77 Immobilien eines Clans in einem Musterverfahren kann nur ein erster Schritt sein. Je nach Erfolg dieses Musterverfahrens ist auch das Vermögen der übrigen Clans und weiterer OK-Gruppierungen einzuziehen. Andernfalls sind die Gesetze so anzupassen, dass kriminell erworbenes Vermögen künftig rechtssicher entzogen werden kann.

Ausländische Straftäter konsequent ausweisen

Deutliche generalpräventive und kriminalitätsbegrenzende Wirkungen gegenüber Clan-Angehörigen haben in erster Linie aufenthaltsbeendende Maßnahmen.*

* *Bericht des LKA NRW „KEEAS – Kriminalitäts- und Einsatzschwerpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen" S. 22.*

DIE AFD FORDERT:

Eine Sondereinheit bei der Ausländerbehörde einzurichten, die die Ausweisung und Abschiebung ausländischer Krimineller, insbesondere solcher aus dem Bereich der OK, bündelt und forciert. Ihr soll eine wieder zu gründende AG Ident der Polizei zuarbeiten, welche die Identität und Herkunft von Kriminellen aus dem Clan-Milieu klärt, um ihre Abschiebung zu erleichtern.

Aussteigerprogramm für ausstiegswillige Clan-Angehörige etablieren

Um Clan-Strukturen besser aufbrechen zu können, fordern wir ein Aussteigerprogramm, das für ausstiegswillige Clan-Mitglieder Schutz vor Repressalien sowie eine Perspektive auf legale Arbeit bietet. Die Möglichkeit des Ausstiegs soll offensiv gegenüber den Clan-Angehörigen kommuniziert werden.

Zeugenschutz und Verwertbarkeit von Zeugenaussagen gewährleisten

Immer wieder verweigern in Strafverfahren gegen Clan-Angehörige Zeugen infolge Bedrohung durch die Clans die Aussage in einer Gerichtsverhandlung. Deshalb ist in einem frühen Verfahrensstadium umfassend die Möglichkeit einer richterlichen Videovernehmung zu etablieren, welche ermöglicht, die Aussage auch bei späterer Aussageverweigerung zu verwerten.

Zudem dürfen die privaten Adressen der Zeugen nicht länger in den von Verteidigern einsehbaren Akten der Staatsanwaltschaft enthalten sein.

Kooperation und Datenaustausch zwischen den Behörden verstetigen und ausbauen

Die AfD verlangt, dass die Verbundeinsätze gegen Clan-Strukturen unter Einbeziehung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Zoll, Ordnungsamt und Steuerbehörden in hoher Frequenz fortgesetzt werden.

Der nötige Datenaustausch zwischen den Behörden, um Erkenntnisse zu bündeln und behördenübergreifend auszuwerten, muss dabei ermöglicht werden.

Entstehung neuer Gruppen offensiv begegnen

Die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte dürfen sich nicht wiederholen. Die AfD fordert daher, die Entstehung weiterer hochkrimineller Strukturen, z. B. durch Tschetschenen oder sonstige (Asyl-)Zuwanderer, frühzeitig mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu unterbinden.

Insbesondere bei jenen Gruppen, die noch nicht über einen verfestigten Aufenthaltsstatus verfügen, sind dabei aus unserer Sicht Abschiebungen das Mittel der Wahl.

Staatsbürgerschaftsrecht reformieren – Einbürgerung der Clans stoppen

Das aktuelle Staatsbürgerschaftsrecht mit seinem Anspruch auf Einbürgerung und der automatischen Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an hier geborene Kinder von Ausländern führt dazu, dass Clan-Angehörige sukzessive die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen und nicht mehr abgeschoben werden können. Auch deshalb ist aus unserer Sicht eine Novellierung geboten, die insbesondere die Anspruchseinbürgerung abschafft.

Darüber hinaus fordern wir eine umfassende Prüfung, inwieweit in Übereinstimmung mit rechtsstaatlichen Grundsätzen hochkriminelle Angehörige der OK ausgebürgert werden können, solange sie nicht staatenlos werden.

Eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung erfordert eine leistungsfähige Justiz

Die beste Ermittlungsarbeit der Polizei nützt nichts, wenn die Verfahren dann bei überlasteten Staatsanwaltschaften oder Gerichten versanden. Deshalb fordern wir, die Justiz so auszustatten, dass Anklagen und Urteile möglichst zeitnah erfolgen können. Der Strafvollzug und die Finanzermittler sind gleichfalls besser auszustatten.

Reform der Justiz

DIE AFD FORDERT:

Eine konzertierte Justizreform, um die volle Einsatz- und Handlungsfähigkeit der Berliner Justiz wiederherzustellen.

UNSERE JUSTIZPOLITISCHEN FORDERUNGEN IM EINZELNEN:

- *Wir fordern die Abschaffung der Hauptabteilung Vollstreckung der Staatsanwaltschaft Berlin. Aus Gründen der Effizienz sind Vollstreckungsverfahren wieder zurück auf die Ermittlungsabteilungen der Staatsanwaltschaft zu übertragen! Dies würde zu einer besseren Kenntnis der Verurteilten führen und zeitraubende Rücksprachen sowie unnötige Aktenanforderungen vermeiden.*
- *Wir fordern die Abschaffung der Amtsanwaltschaft Berlin als selbstständiger Behörde. Dabei soll die Amtsanwaltschaft in die Staatsanwaltschaft integriert werden. Dies ist bereits überall in Deutschland außer in Frankfurt und Berlin der Fall und würde zu einer besseren Durchsetzung von Strafverfolgungsmaßnahmen und einer Verschlankung der Behörden beitragen.*

- *Wir fordern die Abschaffung der Jugendabteilungen. Die gesonderten Jugendabteilungen sollen aufgelöst und in die allgemeine Staatsanwaltschaft integriert werden. Dies würde die Bagatellisierung oftmals schwerer Straftaten, die von Straftätern unter 21 Jahren begangen wurden, erheblich erschweren.*
- *Wir fordern die Wiedereinführung der Regel „Alt frisst Neu“. Die Bearbeitung von Verfahren gegen wiederholt Beschuldigte soll vom gleichen Dezernenten bearbeitet werden wie bereits davor, um eine täterorientierte Bearbeitungsweise zu ermöglichen und einer Zersplitterung der Verfahren entgegenzuwirken.*
- *Wir fordern eine Neustrukturierung der Zuständigkeiten der Berliner Staatsanwaltschaft mit dem Ziel, eine flächendeckende und effiziente Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei auch in den allgemeinen Abteilungen zu erleichtern, analog zu den thematisch strukturierten Spezialabteilungen wie z. B. bei Tötungsdelikten. Nur so lassen sich Sachverhalte zeitnah klären und unnötige Ermittlungshandlungen vermeiden. Ziel sollte eine Zuweisung der sechs Polizeidirektionen zu je einer Hauptabteilung der Staatsanwaltschaft sein. Dezernenten einer bestimmten Abteilung hätten dann immer mit den gleichen Sachbearbeitern der Kripo zu tun und umgekehrt. Dies würde eine effizientere Verbrechensbekämpfung erheblich erleichtern.*
- *Die AfD Berlin fordert, als vordringliche Maßnahme für eine nachhaltige Entwicklung der Justizvollzugsanstalt Tegel endlich mit dem Neubau der Teilanstalt I in der JVA Tegel zu beginnen, um moderne Gefängniskapazitäten in Berlin zu schaffen.*

UNSERE JUSTIZPOLITISCHEN FORDERUNGEN IM EINZELNEN (FORTSETZUNG):

- *Die Opfer von Verbrechen werden im Zusammenhang mit Strafverfahren oft nicht genügend geschützt und unterstützt. Die AfD fordert daher, dass die Beeinflussung und Bedrohung von Zeugen, Opfern und Beamten im Vorfeld von Strafverfahren strikt unterbunden und ihrerseits als schwere strafbare Handlungen verfolgt werden müssen. So weit wie möglich sollen in allen Gerichten Zeugenschutzzimmer und Vernehmungsräume mit Videotechnik eingerichtet werden, sodass in sensiblen Verfahren die direkte Konfrontation von Opfern oder Zeugen mit den Tätern vermieden werden kann.*
- *Jugendliche Täter beginnen ihre kriminelle „Karriere“ immer früher. Es ist wichtig, diese Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und zu unterbrechen. Wir treten deshalb für eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf 12 Jahre ein.*
- *Das Erwachsenenstrafrecht ist grundsätzlich bereits ab 18 Jahren anzuwenden. Wir befürworten die Ausweitung beschleunigter Verfahren im Jugendstrafrecht bei leichten und mittleren Delikten (Neuköllner Modell). Jugendrichter brauchen mehr Entscheidungsspielraum im Rahmen der freiheitsentziehenden Maßnahmen. Die Lücke zwischen Arrest und „Jugendknast“ muss geschlossen werden.*
- *Der „Warnschussarrest“ soll, statt bisher vier Wochen, künftig bis zu drei Monaten möglich sein. Die Verhängung einer Jugendstrafe sollte bereits ab drei statt wie bisher ab sechs Monaten möglich sein.*

Politischen Extremismus in jeder Erscheinungsform bekämpfen. Kein Rabatt für Linksextremisten.

Wir sprechen uns gegen jede Form von Extremismus aus. Links- und Rechtsextremismus werden von uns gleichermaßen als Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abgelehnt. Während der Rechtsextremismus zu Recht geächtet ist, wird die zunehmende Bedrohung durch den Linksextremismus häufig bagatellisiert oder gar als Mittel im „Kampf gegen rechts“ toleriert.

DIE AFD FORDERT:

Eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und linksextremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten.

Wir erwarten, dass Recht und Ordnung in allen Stadtteilen Berlins konsequent durchgesetzt werden und dass es keinen Rabatt für linksextreme Straftäter gibt. Dort, wo die Sicherheitsbehörden wie in der Rigaer Straße offen angegriffen werden, muss die Polizei mit einer „Null-Toleranz-Politik“ die staatliche Ordnung wiederherstellen. Rechtsfreie Räume darf es weder für Rechtsextremisten noch für Linksextremisten geben.

Religiöser Extremismus bedroht die Demokratie

Der islamistische Extremismus bedroht zunehmend unsere Sicherheit und unsere demokratische Grundordnung. Berlin hat sich zu einer Hochburg von Salafisten und Anhängern des Islamischen Staates (IS) entwickelt. Die Zahl der gewaltbereiten Salafisten in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht.

DIE AFD FORDERT:

Wir fordern wirksame Programme zur Bekämpfung des um sich greifenden Islamismus, die schon präventiv an den Schulen ansetzen müssen.

Der islamische Extremismus muss stärker überwacht werden, um potenzielle Gefährder rechtzeitig identifizieren zu können.

Werbung für terroristische Organisationen, wie z. B. den IS, soll als Straftatbestand gewertet werden.

Kein „kultureller Rabatt“ bei Straftaten

Der Rechtsstaat muss für alle Bürger gleichermaßen gelten. Es darf keinen „kulturellen Rabatt“ für bestimmte Straftaten, wie z. B. strafmildernde Umstände bei Ehrenmord, geben.

Der Aufbau paralleler Rechtsstrukturen durch sogenannte „Friedensrichter“ muss konsequent unterbunden werden, da sie den Rechtsstaat aushebeln.

Eine Aufweichung der bestehenden Strafgesetzgebung durch Rücksichtnahme auf Eigenheiten und Rechtsnormen aus anderen Kulturkreisen lehnen wir strikt ab.

„Berlin brennt!“ – Einsatzfähigkeit der Berliner Feuerwehr stärken

Mit der Aktion „Berlin brennt!“ wandte sich die Berliner Feuerwehr an den Senat, um auf die desaströse Situation bei den Berliner Rettungskräften aufmerksam zu machen. Die Missstände bei der Feuerwehr sind seit Jahren bekannt und wurden immer weiter verschleppt, sodass ein veralteter Fuhrpark, unzureichende Gebäude und ein millionenschwerer Sanierungsstau mittlerweile vielen Feuerwehrleuten das Leben schwer machen. Hinzu kommen immer mehr tätliche Angriffe gegenüber Sicherheits- und Einsatzkräften, die ein alarmierendes Ausmaß angenommen haben.

Die bisherigen Maßnahmen des Senats zur Verbesserung der Situation sind nicht mehr als ein paar Tropfen auf den heißen Stein.

DIE AFD FORDERT:

Massive Investitionen in Ausrüstung und Gebäude der Berliner Feuerwehr sowie eine klare Schwerpunktsetzung der Haushaltspolitik zugunsten unserer Rettungs- und Sicherheitskräfte.

KAPITEL 5

Einwanderung und Integration

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

5. Einwanderung und Integration

Lebensqualität für die Berliner statt „Wachsende Stadt“

Das Konzept der um jeden Preis wachsenden Stadt, deren Einwohnerzuwachs seit Jahren im Wesentlichen auf Zuwanderung aus dem Ausland beruht, mindert die Lebensqualität für alle Berliner. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt ist in den letzten zehn Jahren massiv von 25 % auf 35 % angestiegen, darunter zu einem nicht unerheblichen Teil Armutszuwanderer. Ausmaß und Zusammensetzung der ungesteuerten Massenmigration überfordern unsere Stadt zunehmend und führen zu Desintegration statt gelingender Integration. Seitens des Landes fehlt es dabei an den nötigen Ressourcen für eine erfolgreiche Integration, so in den Bildungseinrichtungen und auf dem Wohnungsmarkt, seitens der Zuwanderer fehlt es oftmals an den sprachlichen, kulturellen und beruflichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.

Statt des Senatskonzepts der „Wachsenden Stadt“ strebt die AfD eine sich organisch entwickelnde Stadt an, welche Sicherheit und Lebensqualität für alle Berliner bietet. Nur so kann Berlin eine lebenswerte Stadt mit bezahlbarem Wohnraum auch für die arbeitende Mittelschicht und Berliner Familien mit Kindern bleiben.

Rückkehr zum Rechtsstaat: Abschiebungen durchsetzen und Remigration ermöglichen

DIE AFD FORDERT:

Beim Asyl- und Einwanderungsrecht eine Rückkehr zum Rechtsstaat. Die aktuell mehr als 13.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer in Berlin müssen konsequent abgeschoben werden. Bestehende Fehlanreize für illegale Einwanderung und Asylmissbrauch müssen abgeschafft werden. Weiterhin befürworten wir eine Remigrationsagenda für alle seit 2015 nach Deutschland gekommenen Asylbewerber. Wir wollen die Rückkehr in diejenigen Staaten aktiv unterstützen, in denen die Fluchtursachen weggefallen sind.

Anreize für illegale Migration reduzieren – Asylmissbrauch verhindern

Um illegale Einwanderung zu unterbinden und den Missbrauch des Asylrechts zu verhindern, fordern wir einen umfassenden Kurswechsel in der Asylpolitik:

- ***Das Landesamt für Einwanderung muss in ein Landesamt für Rückführung mit entsprechend geänderter Prioritätensetzung umgewidmet werden.***
- ***Die in Berlin zur Verfügung stehenden Abschiebehaftplätze müssen von 10 auf mindestens 50 Plätze aufgestockt werden, um ausreichend Platz zu schaffen für abzuschiebende Straftäter und ausreisepflichtige Asylbewerber, die ihre Ausreise verweigern.***
- ***Ausländische Straftäter sollen ihre Haftstrafe in der Regel in ihrem Heimatland oder in einem Drittstaat verbüßen.***
- ***Die Förderung der freiwilligen Rückkehr und die zugehörigen Beratungsangebote müssen massiv ausgebaut werden. Aktuell sollten gerade Syrer und Iraker, in deren Heimatregionen der Krieg beendet und der IS besiegt ist, gezielt angesprochen und bei der Rückkehr unterstützt werden.***
- ***Die überhandnehmende Asylverfahrens- und Bleiberechtsberatung muss auf das gesetzlich vorgesehene Minimum gemäß § 12a AsylG beschränkt werden und darf nur noch von Behörden durchgeführt werden.***
- ***Berlin muss sofort das sogenannte „Bündnis Sichere Häfen“ verlassen und die Aufnahme von illegal nach Europa geschleusten Migranten einstellen. Die Schleppertätigkeit von als NGOs getarnten Schlepperorganisationen darf nicht weiter unterstützt werden.***

- ***Asylbewerber müssen, so weit wie rechtlich möglich, Sachleistungen beziehen. Der anonyme Krankenschein, welcher illegalen Migranten auf Kosten der Allgemeinheit Zugang zum Gesundheitssystem eröffnet, muss abgeschafft werden.***
- ***Alle staatlichen Stellen, die mit sich illegal in Berlin aufhaltenden Personen Kontakt haben, müssen verpflichtet werden, dies an die Polizei- und Ausländerbehörden zu melden.***
- ***Absehbar nicht bleibeberechtigte Asylbewerber dürfen keine Sprachkurse und keine sonstigen Förder- und Integrationsmaßnahmen mehr erhalten.***
- ***Die Gesamtkosten der Asylpolitik auf Landes- und Bezirksebene müssen transparent gemacht und dürfen nicht weiter gezielt verschleiert werden. Jegliche Berliner Zusatzleistungen werden aufgehoben und die Leistungen damit auf das bundesgesetzlich vorgeschriebene Minimum beschränkt.***

Letztlich wird die ungesteuerte Massenzuwanderung nur ein Ende finden, indem wir die deutschen und europäischen Außengrenzen endlich wirksam schützen und für Menschen in Not heimatnah Hilfe leisten. Das wäre wesentlich effektiver und gerechter als diejenigen Personen, die es – meist illegal und mit Hilfe von Schleusern – nach Deutschland geschafft haben, zu bevorzugen.

Keine weiteren MUFs – Ghettobildung verhindern

Die Errichtung von überdimensionierten Asylunterkünften (MUF) für jeweils mehrere Hundert Asylbewerber stellt vielfach das soziale Umfeld der betroffenen Anwohner auf den Kopf und sorgt stadtweit für Konflikte. Der Entstehung weiterer Ghettos mit Parallelgesellschaften wird so der Boden bereitet.

DIE AFD FORDERT:

Verfehlte Baupraxis exklusiv für Asylbewerber sofort einzustellen:

- ***Wir fordern, die freien Kapazitäten in Asylunterkünften von aktuell ca. 1.500 Plätzen zu belegen, um den Bau weiterer MUF entbehrlich zu machen.***
- ***Bereits in Bau befindliche MUF sollen zu Wohnungen für alle Berliner umgewidmet werden.***
- ***Die bei der Verteilung der Asylbewerber besonders belasteten Außenbezirke Marzahn-Hellersdorf, Pankow, Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf sollen dadurch entlastet werden, dass mehr Asylbewerber in dem bisher am wenigsten berücksichtigten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit seiner besonders ausgeprägten „Willkommenskultur" untergebracht werden.***
- ***Die Bevorzugung von Asylbewerbern durch öffentliche Wohnungsbaugesellschaften bei der Vergabe neuer Wohnungen muss sofort beendet werden.***
- ***Das bisherige Ankunftszentrum soll zu einem Ankerzentrum werden. Dort sollen zwecks erleichterter Abschiebung abgelehnte Asylbewerber sowie Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen zentral untergebracht werden.***

Integration als Bringschuld der Zuwanderer

Das Beherrschen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie das Bemühen, den eigenen Lebensunterhalt selbst aufbringen zu können, sind nach unserer Auffassung die Mindestbedingungen für eine gelingende Integration. Integration ist in allererster Linie eine Bringschuld des Zuwanderers. Keine staatliche Fördermaßnahme kann die Eigeninitiative und den Willen des Zuwanderers zur Integration ersetzen. Außerdem gilt: Wer sich in Deutschland aufhält, muss die deutsche Leitkultur achten.

Falsch verstandene Toleranz fördert nicht die Integration, sondern begünstigt die Ausbildung von Parallelgesellschaften und die Entstehung von Fundamentalismus.

Islamischen Fundamentalismus zurückdrängen

Der Ausbreitung fundamentalistisch-islamischer Haltungen und der damit verbundenen Gegengesellschaften wollen wir strukturell entgegentreten.

DIE AFD FORDERT:

Extremistische Moscheen zu schließen und deren Vereine zu verbieten, wo immer dies rechtlich möglich ist. Insbesondere die seit Jahren angemahnte Schließung der Al-Nur-Moschee ist überfällig. Sämtlichen verfassungsfeindlichen Moscheen – wie z. B. den von der Muslimbruderschaft dominierten Moscheen – ist die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Die Finanzierung von Moscheen muss transparent gemacht und dann unterbunden werden, wenn sie aus dubiosen ausländischen Quellen erfolgt. Die Entsendung von Imamen durch ausländische Staaten muss beendet werden. Imame, die sich als Hassprediger betätigen, sind umgehend auszuweisen. Jedwede Kooperation mit Institutionen, die extremistisch sind oder als verlängerter Arm ausländischer fundamentalistischer Regime agieren, wie z. B. Ditib, muss eingestellt werden. Anstelle der fundamentalistischen Islamverbände sind Ex-Muslime und liberale Muslime als Ansprechpartner zu bevorzugen. Die Salafismus- und Antisemitismusprävention muss ausgebaut und wirksamer im Schulunterricht verankert werden.

Berliner Neutralitätsgesetz stärken

Die AfD hält am Berliner Neutralitätsgesetz fest. Denn das Neutralitätsgesetz ist ein zentrales Instrument, um das Einsickern von fundamentalistischen Einstellungen in staatliche Institutionen zu unterbinden. Die Erlaubnis für Rechtsreferendarinnen, im Sitzungsdienst das islamische Kopftuch zu tragen, gefährdet dagegen massiv das Vertrauen in die Neutralität der Justiz und muss daher sofort rückgängig gemacht werden. Nach österreichischem Vorbild plädieren wir darüber hinaus für ein Kopftuchverbot in öffentlichen Bildungseinrichtungen bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit mit dem 14. Lebensjahr, um Mädchen aus muslimischen Elternhäusern eine freie Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen.

Integration einfordern – Verweigerung sanktionieren

DIE AFD FORDERT:

Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz durch ein Gesetz zu ersetzen, welches auch Pflichten von Migranten regelt und Sanktionen bei Verstößen vorsieht. Insbesondere wenn Ausländer ihren Lebensunterhalt nicht selbst finanzieren können, muss dies mittelfristig aufenthaltsrechtliche Konsequenzen haben, um eine dauerhafte Einwanderung in die Sozialsysteme zu vermeiden.

Die AfD steht für Chancengleichheit für sich legal hier aufhaltende Migranten. Jeder, der hier legal lebt, soll die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wie Einheimische. Dies schließt nach unserer Auffassung jegliche Quotenregelung aus. Daher müssen neben allgemeinen Quoten zugunsten von Migranten auch herabgesetzte Einstellungsvoraussetzungen für Migranten im öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden, da sie der Chancengleichheit aller Bewerber widersprechen und das Leistungsprinzips aushebeln würden.

Den kostspieligen und ineffizienten Wildwuchs an staatlich finanzierten Beratungs- und Integrationsprojekten wollen wir ablösen durch einen klar definierten Service, der sich auf Beratungsangebote beschränkt, die integrationswillige Migranten tatsächlich benötigen.

Die deutsche Staatsangehörigkeit kann es nur bei gelungener Integration geben

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit kann nach Auffassung der AfD erst am Ende einer gelungenen Integration stehen und darf nicht leichtfertig als staatlicher Vertrauensvorschuss gewährt werden. Wir fordern daher, dass eine Einbürgerung frühestens nach zehn Jahren Aufenthalt möglich ist. Darüber hinaus muss eine Einbürgerung grundsätzlich ausgeschlossen sein, wenn sich ein Antragsteller wegen eines Vorsatzdeliktes strafbar gemacht hat.

DIE AFD FORDERT:

Die Anspruchseinbürgerung und die automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft an Kinder ausländischer Eltern durch die Ermessenseinbürgerung als einzige Form der Einbürgerung abzulösen. So kann vermieden werden, dass kriminelle migrantische Clans sukzessive die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen.

Eine doppelte Staatsangehörigkeit muss nach unserer Auffassung die absolute Ausnahme bleiben. Die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft auch wieder zu entziehen, sofern der Betroffene nicht staatenlos wird, soll auf Straftäter aus dem Bereich der organisierten Kriminalität ausgedehnt werden.

Vorrang für Einheimische auf dem Arbeitsmarkt

DIE AFD FORDERT:

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz aufzuheben. Angesichts einer Arbeitslosigkeit in Berlin von über 10 % halten wir eine Zuwanderung aus Drittstaaten ohne eine Eingrenzung auf Mangelberufe und ohne eine Vorrangprüfung für Einheimische nicht für vertretbar. Für uns hat Vorrang, die einheimischen Potenziale auszuschöpfen. So wollen wir Arbeitslosen, Menschen in Beschäftigungsmaßnahmen sowie Jugendlichen ohne Schulabschluss eine Chance geben, statt sie globaler Arbeitsplatzkonkurrenz auszusetzen.

KAPITEL 6

Wohnen und Städtebau

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

6. Wohnen und Städtebau

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Berlin

In der aktuellen Legislaturperiode hat der rot-rot-grüne Senat die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht verbessert, sondern im Gegenteil weiter verschärft. Das selbstgesteckte Ziel beim Neubau – von vornherein deutlich unter dem Bedarf – wurde nicht erreicht. Vor allem für Gering- und Mittelverdiener fehlt deshalb bezahlbarer Wohnraum.

Der Untätigkeit des Senats stellen wir unsere Zielvorstellungen für eine aktivierende Baupolitik entgegen.

DIE AFD FORDERT:

- ***Eine schnellere Erschließung potenzieller Baugebiete***
- ***Die Einrichtung eines Baulandkatasters***
- ***Die Rücknahme überbordender Vorgaben und die Entrümpelung der Bauordnung***
- ***Eine Beschleunigung des Bauantragsverfahrens***
- ***Die Schließung von Baulücken und den schnelleren Ausbau von Dachgeschossen***
- ***Eine Baugrundnutzungsoptimierung durch die Überbauung von Flachbauten***
- ***Die Aktivierung von tradierten Baugenossenschaften und der privaten Bauwirtschaft***

Insbesondere wollen wir die Bürger bei der Schaffung von selbst genutztem Wohneigentum stärker unterstützen.

Sozialer Wohnungsbau: Mietzuschüsse statt ewiger Wartezeiten – Subjektförderung statt Objektförderung

Von den nur noch rund 100.000 Berliner Sozialwohnungen fallen jährlich rund 8.000 aus der Sozialbindung heraus. Die meisten der mehr als 1 Mio. Haushalte mit Wohnberechtigungsschein haben daher nur mehr eine theoretische Chance auf eine Sozialwohnung. Wir wollen deshalb die Menschen nicht auf den Bau neuer Sozialwohnungen vertrösten, sondern ihnen durch die Gewährung von Mietzuschüssen ermöglichen, selbst eine Wohnung auf dem freien Markt zu suchen. Wir setzen uns deshalb für eine Ergänzung des Wohngeldes um Mietzuschüsse für WBS-Inhaber ein, die gezwungen sind, sich eine Wohnung auf dem freien Markt zu suchen.

Fehlbelegungsabgabe wieder einführen

Wissenschaftliche Untersuchungen (z. B. IW-Trends 2016) zeigen, dass mehr als die Hälfte der Mieter von Sozialwohnungen nicht (mehr) sozial bedürftig sind. Um die Belegung von Sozialwohnungen sozial gerecht zu gestalten, wollen wir deshalb die Fehlbelegungsabgabe wieder einführen und die daraus gewonnenen Einnahmen für den Bau von Sozialwohnungen verwenden.

Mehr Mietwohnungen durch weniger Regulierung

Die beste Mietpreisbremse ist ein ausreichendes Wohnungsangebot. Deshalb wollen wir alle Hindernisse beseitigen, die das Angebot von Mietwohnungen einschränken. Die private Wohnungswirtschaft, bisher schon größter Anbieter für Mietwohnungen in Berlin, muss wieder aktiver in den Bau neuer Wohnungen eingebunden werden.

Milieuschutz begrenzen

Milieuschutz und Weltoffenheit schließen sich aus. Die Ausweisung von Wohnvierteln als Milieuschutzgebiete dient dem Zweck, die Zusammensetzung der bestehenden Wohnbevölkerung zu erhalten, ist aber auch mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden. So stehen bauliche Veränderungen unter Genehmigungsvorbehalt, mit der Folge, dass Investitionen zur Verbesserung des Wohnraums und weitere Neubautätigkeit unterbleiben. Besonders schädlich ist aus unserer Sicht das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, da dadurch Selbstnutzer am Erwerb einer Wohnung gehindert werden. Wir streben an, dass mehr Mieter Eigentümer werden, und wollen daher diese Regelung abschaffen.

Mehr Wohneigentum für die Berliner

Wohneigentum schützt vor Altersarmut, Gentrifizierung und Mietsteigerungen. Während 70 % aller EU-Bürger im Wohneigentum leben, sind es in Berlin aber gerade einmal 15 %. Weil die Berliner Politik die Bürger glauben machen will, das sei gut so, soll nach dem Willen des Senats Berlin eine Mieterstadt bleiben. In Wirklichkeit werden mit zunehmender Anpassung der Mieten an die realen Kosten für das Wohnen die Berliner in Abhängigkeit von vermeintlichen Wohltaten der Politik gebracht. Auch hier zeigt die linksgrüne Politik, dass ihr der Verstoß gegen den Auftrag der Verfassung von Berlin, die Bildung von Wohneigentum zu fördern (Art. 28), völlig egal ist. Nach einer Studie der EZB ist die geringe Wohneigentumsquote die maßgebliche Ursache dafür, dass die Deutschen von allen EU-Bürgern das geringste Haushaltsvermögen haben. Italiener und Franzosen zum Beispiel sind zwei- bis dreimal so vermögend wie die Deutschen. Berliner sind mit nur 15 % Wohneigentumsquote besonders betroffen. Wir wollen dies ändern, indem wir die Bürger mit eigenkapitalersetzenden Bürgschaften beim Eigentumserwerb unterstützen. Wer über ein ausreichendes Einkommen zur Bedienung eines Wohnungskredits verfügt, diesen aber wegen fehlenden Eigenkapitals von den Banken nicht erhält, soll eine öffentliche Bürgschaft für die Finanzierung seiner Wohnung erhalten.

Senkung der Grunderwerbssteuer und Einführung von Freibeträgen

Ergänzend dazu wollen wir die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer von 6 % auf 3,5 % senken und einmalige Freibeträge beim Erwerb von selbst genutztem Wohnraum in Höhe von 100.000 Euro pro Erwachsenen und 50.000 Euro pro Kind einführen. Gerade im Hinblick auf die sich abzeichnenden Probleme der gesetzlichen Rente ist eine Erhöhung der Eigentumsquote wichtig. Mietfreies Wohnen ist der beste Schutz vor Altersarmut.

Genossenschaften stärker fördern

Wohnungsbaugenossenschaften stellen neben dem Wohneigentum die beste Form günstigen und hochwertigen Wohnens dar. Da durch das Genossenschaftsmodell jeder Mieter auch Miteigentümer ist, haben Genossenschaften ein Eigeninteresse an der Erhaltung ihrer Bestände und der Gewährleistung tragbarer Mieten.

DIE AFD FORDERT:

Durch die verstärkte Förderung des Genossenschaftswesens mehr Bürgern zu genossenschaftlichem Wohnraum zu verhelfen. Auch wollen wir Genossenschaften bei der Vergabe landeseigener Baugrundstücke bevorzugen. Dies gilt besonders für solche Genossenschaften, die bereits über eine lange Zeit ihre Verlässlichkeit unter Beweis gestellt haben. Auch für den Fall der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände sollen Genossenschaften bevorzugt werden.

Wohnnebenkosten senken

Längst sind die Nebenkosten einer Immobilie zur „zweiten Miete“ geworden. Dies betrifft insbesondere die Grundsteuer, die in Berlin erheblich höher ist als in anderen Städten. Wir wollen uns deshalb im Bundesrat für eine vollständige Abschaffung der Grundsteuer und einen Ausgleich des finanziellen Ausfalls bei den Kommunen durch den Bund einsetzen. Darüber hinaus müssen auch die Steuern und Abgaben auf Strom gesenkt werden. Eine zusätzliche Einführung von mietpreistreibenden Abgaben lehnen wir ab.

Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren durch Bürokratieabbau

Die umfangreichen Regelungen der Berliner Bauordnung machen das Bauen unnötig teuer, kompliziert und zeitaufwändig. Wir wollen deshalb die Landesbauordnung entrümpeln und vereinfachen. Darüber hinaus wollen wir die Baugenehmigungsverfahren durch weitgehende Anwendung von Genehmigungsfiktion und zusätzliches Personal in den Bauämtern beschleunigen. Maßnahmen zur energetischen Sanierung befürworten wir nur, wenn sie dem Wirtschaftlichkeitsgebot entsprechen.

KAPITEL 7

Verkehr

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl
des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

7. Verkehr

Senat versagt auf ganzer Linie bei der Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur

Die Berliner Verkehrsinfrastruktur ist seit Jahren alles andere als modern und leistungsfähig. Das gilt sowohl für den Zuständigkeitsbereich Berlins als auch den Zuständigkeitsbereich des Bundes (Autobahnen und Autobahnbrücken). So befindet sich eine Vielzahl von Brücken in unserer Stadt in „nicht ausreichendem Zustand". Das heißt, sie sind ganz oder teilweise gesperrt, dürfen nur noch eingeschränkt von LKW befahren werden und unterliegen oft strikten Tempobeschränkungen. Einige Brückenbauwerke sind bereits seit Jahrzenten in diesem Zustand, andere werden durch Behelfsbrücken ersetzt. Nicht anders verhält es sich mit dem Straßen- und Radwegenetz sowie dem U- und S-Bahnnetz. Überall ist der Instandsetzungsstau gewaltig.

Außer ideologischem Säbelrasseln im Kampf gegen die individuelle Mobilität hat der rot-rot-grüne Senat nichts getan, um diese Missstände zu beseitigen. Das U- und S-Bahnnetz inklusive der Fahrzeuge ist nach wie vor unterdimensioniert und stark überaltert. Berlin zehrt allenthalben von seiner Substanz.

Mobilitätspolitik für alle statt Schikanen für Autofahrer

Statt mit Verkehrspolitik beschäftigt sich der Senat mit Schikanen für Autofahrer. Unzählige Parkplätze wurden bereits ersatzlos gestrichen, und auf Berlins Hauptstraßen werden immer mehr Tempo-30-Abschnitte angelegt. Ganze Fahrspuren auf Hauptstraßen wurden zu Radwegen umfunktioniert und Straßenabschnitte zu autofreien Zonen erklärt. Zusätzlich sollen 2021 die Gebühren für Kurzzeitparken und für Anwohnerparkausweise bis um das Zehnfache steigen. Eine City-Maut bis zu 10 Euro pro Tag und eine Zwangsabgabe aller Berliner für den ÖPNV in Höhe von mehreren Hundert Euro pro Jahr sind vom Senat ebenfalls angedacht.

Verkehr in Berlin muss schnell, zuverlässig, sicher und fortschrittlich sein

Die AfD stellt sich entschieden gegen die weitere Umsetzung dieses ideologischen Horrorkatalogs zur Umerziehung der Berliner Verkehrsteilnehmer. Die begonnenen Umstrukturierungen der Verkehrsinfrastruktur zu Lasten der Autofahrer müssen dringend gestoppt und zurückgedreht werden. Die ideologisch bedingte, immer weitere Verlangsamung der Stadt und die Schaffung eines reinen Kollektivverkehrs lehnen wir entschieden ab. Die Verkehrspolitik Berlins muss stattdessen auf einen schellen, zuverlässigen, sicheren und fortschrittlichen Verkehr für alle Verkehrsarten und alle Verkehrsteilnehmer ausgerichtet werden.

Konsequente Instandsetzung von Brücken und Straßen

Berlin benötigt endlich ein funktionierendes Instandhaltungs- und Erneuerungsmanagement für Brücken und Straßen. Es muss Schluss sein mit der Methode „Schau'n wir mal, dann seh'n wir schon".

DIE AFD FORDERT:

Ein strukturiertes, alle Brücken, Tunnel und Straßen umfassendes Instandhaltungs- und Erneuerungsmanagement. Wir fordern eine klare Prioritätensetzung auf die Abarbeitung des Instandhaltungsstaus innerhalb der nächsten 10 Jahre.

Ausbau dringend benötigter Straßen – Weiterbau und Ringschluss A 100

Berlin benötigt den innerstädtischen Autobahnringschluss. Wir fordern dessen zügige Realisierung und die Anbindung an die A 114. Hierzu ist der Bund mit seiner Autobahngesellschaft in die Pflicht zu nehmen.

Verbesserte Koordinierung von Baustellen

Berlin muss das unkoordinierte Abarbeiten von Baumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum zügig beenden und sowohl den Straßenbau als auch die Medienerneuerung und den Leitungsbau endlich vernünftig strukturieren und miteinander verzahnen. Deshalb fordern wir die konsequente Einhaltung des Berliner Straßengesetzes wie z. B. das fünfjährige Aufgrabungsverbot. Baustellen sind immer zügig abzuarbeiten. Das typische Baustellenchaos muss im Interesse aller Verkehrsteilnehmer reduziert werden.

Intelligente Verkehrslenkung statt Dauerstau

Statt rot-rot-grüner Blockadepolitik wollen wir den Verkehr intelligent und bedarfsgerecht steuern, so dass alle Verkehrsteilnehmer zügig und ungehindert an ihr Ziel gelangen können. Ideologisch aufgeladener Autohasser-Politik werden wir uns weiterhin konsequent entgegenstellen.

DIE AFD FORDERT:

NEIN zu Citymaut und ÖPNV-Zwangsabgabe, JA zu intelligent organisiertem Verkehr und „grüner Welle“.

U-Bahn- und S-Bahnnetz ausbauen – Qualitätsoffensive ÖPNV

Berlin benötigt nach rund 30 Jahren weitgehenden Stillstands eine Ausbauoffensive für das U-Bahn-, S-Bahn- und Regionalbahnnetz. Erste Ansätze bei der S-Bahn und Regionalbahn wollen wir intensivieren und die Blockade beim U-Bahnausbau beenden. Der ÖPNV in Berlin muss sauber, sicher und zuverlässig werden. Hierzu sind eine echte Qualitätsoffensive und reale Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur dringend notwendig. Ideologiegetriebene Projekte dagegen, wie die Anschaffung von circa 1.500 überteuerten Batterie-Elektrobussen oder den Straßenbahnausbau durch verstopfte Innenstadtgebiete, lehnen wir ab.

Anbindung der Außenbezirke verbessern: Attraktive P&R-Angebote für Pendler schaffen

Hunderttausende Pendler aus dem Umland und aus den Randbezirken Berlins benötigen optimale, gut zugängliche und sichere P&R-Plätze an den richtigen Stellen. Wir fordern ein klares Konzept des Berliner Senats, das aufzeigt, wie vorhandene Standorte gesichert und ausgebaut sowie neue P&R-Parkplätze geschaffen werden können.

Berliner Verkehr als Ganzes gestalten

Ungehinderte Mobilität in einer Millionenstadt wie Berlin muss koordiniert, barrierefrei sowie ganzheitlich gedacht und geplant werden. Wir wollen es dem Bürger freistellen, welches Verkehrsmittel er eigenverantwortlich wählt, solange er andere dadurch nicht unzumutbar behindert.

Verkehrserschließung im Gleichschritt mit dem Baugeschehen

Zu jeder Neuentwicklung von Baugebieten oder der Erweiterung vorhandener Quartiere gehört die Entwicklung einer Infrastruktur, die die innere und äußere verkehrliche Erschließung berücksichtigt. Der Wunsch von Rot-Rot-Grün, Quartiere zunehmend autofrei zu planen, widerspricht den Bedürfnissen von Bürgern und Wirtschaft.

DIE AFD FORDERT:

Die erforderlichen PKW- und Wirtschaftsverkehrsanbindungen sowie, bei größeren Baugebieten, die ÖPNV-Anbindung mit S-Bahn oder U-Bahn stets in die Neuentwicklungsplanung miteinzubeziehen.

Gleichberechtigung aller Verkehrsarten statt Bevorzugung von Rad- und Fußverkehr

Rad- und Fußverkehr in einer Großstadt sind gleichberechtigte Verkehrsarten, die ihren Raum benötigen. Wir unterstützen deshalb den Ausbau und die Instandsetzung der Radverkehrsinfrastruktur sowie der Gehwege. Wir wollen bedarfsgerechte und gefahrlose Fuß- und Radwege schaffen.

Allerdings dürfen zusätzliche Verkehrsflächen für den Rad- und Fußwegeausbau nicht zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs gehen, sondern der Bedarf der unterschiedlichen Verkehrsarten muss stets im Einzelfall mit Augenmaß abgewogen werden. Bestehende Parkplätze und Fahrspuren für Kraftfahrzeuge dürfen nur im Ausnahmefall zu Rad- und Fußwegen umgewidmet werden. Die ideologische Überdimensionierung von Radverkehrsanlagen zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs lehnen wir ab.

BER besser anbinden und zukunftsfähig machen

Der neu eröffnete BER muss verkehrlich sowohl mit der U-Bahn als auch mit leistungsfähigen Straßen gut an Berlin angebunden werden. Da der BER auf lange Sicht unterdimensioniert und unterfinanziert ist, fordern wir ein realistisches, zukunftsfähiges Flughafenkonzept für Berlin und Konsequenzen aus dem strukturellen Versagen in der Vergangenheit.

Ruhenden Verkehr nicht verdrängen. Quartiersgaragen ermöglichen. Parkraumabzocke verhindern

Zu einer attraktiven Stadt gehört auch der ruhende Verkehr. Wir wollen den ruhenden Verkehr nicht verdrängen, sondern ihm ausreichend Parkraum bieten.

DIE AFD FORDERT:

In verdichteten Berliner Innenstadtlagen die Errichtung einer ausreichenden Zahl attraktiv gestalteter Quartiersgaragen zu ermöglichen.

Abzocke bei der Parkraumbewirtschaftung durch drastische Erhöhung der Parkgebühren lehnen wir ab. Kostenpflichtige Parkraumbewirtschaftung darf nur nach Einwohnerbefragung und nur bei klaren Mehrheiten erfolgen.

Fallen durch Bauprojekte oder Umbaumaßnahmen öffentliche Stellplätze weg, so sind ersatzweise eine gleiche Anzahl an Stellplätzen in der näheren Umgebung neu zu schaffen. Neubauprojekte müssen zwingend wieder mit einer entsprechenden Schaffung von Stellplätzen gekoppelt werden, um einer Verschärfung der Parkraumnot entgegenzuwirken.

KAPITEL 8

Haushalt und Finanzen

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

8. Haushalt und Finanzen

Schuldenexplosion stoppen und Tilgungsplan auf den Weg bringen

Der Berliner Landeshaushalt umfasst inzwischen ein Volumen von mehr als 30 Mrd. Euro im Jahr. Mit 63 Mrd. Euro Gesamtverschuldung nähert sich Berlin wieder der Spitzengruppe derjenigen Bundesländer mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland an. Hinzu kommen Pensionsverpflichtungen von aktuell 59 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund wäre die aktuell coronabedingt erhöhte Neuverschuldung in der Größenordnung von ca. 7 Mrd. Euro im laufenden Haushaltsjahr nur dann vertretbar, wenn zuvor sämtliche nicht erforderliche Ausgaben gestrichen und insbesondere ideologisch bedingte Projekte auf den Prüfstand gestellt würden. Diese ideologisch getriebenen Haushaltsausgaben von Rot-Rot-Grün wie die Umstellung der BVG-Busflotte auf Elektromobilität (1 Mrd. Euro) und das „Solidarische Grundeinkommen“ (200 Mio. Euro) laufen allerdings unvermindert weiter.

Vor diesem Hintergrund halten wir die gegenwärtige Neuverschuldung für unverantwortlich und fordern die Rückkehr zu einem strikten Sparkurs für alle nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben. Hier haben wir Einsparpotentiale von mindestens 3,5 Mrd. Euro im Berliner Landeshaushalt identifiziert. Wir fordern den Senat auf, einen klaren und innerhalb von zehn Jahren leistbaren Tilgungsplan vorzulegen, um zukünftige Handlungsspielräume zu bewahren und einer ausufernden Verschuldung entgegenzusteuern. Eine zügige und transparente Schuldentilgung gehört nach unserer Auffassung zu den wesentlichen Kernelementen einer seriösen und nachhaltigen Haushaltspolitik.

Schuldenbremse muss in der Berliner Verfassung verankert werden

Um auch in Zukunft die Verschuldung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, setzen wir uns darüber hinaus für den Erhalt sowie eine Stärkung und Weiterentwicklung der Schuldenbremse ein. Erst in Notzeiten erweist sich nämlich, ob eine Schuldenbremse akzeptiert oder umgangen wird.

DIE AFD FORDERT:

Die Verankerung der Schuldenbremse in der Berliner Landesverfassung, um einem erneuten Überschießen der Verschuldung in der Zukunft einen Riegel vorzuschieben. Die einfache Fassung in der Landeshaushaltsordnung reicht nicht aus und öffnet Missbrauch Tür und Tor. Eine Verankerung in der Verfassung böte neben einer Klagemöglichkeit für die Opposition auch mehr Rechtssicherheit für die Berliner.

Pensionslasten nicht auf zukünftige Generationen abwälzen

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass ausreichende Vorsorgemaßnahmen zur Deckung der Pensionsverpflichtungen von ca. 59 Mrd. Euro getroffen werden. Die bisherige Versorgungsrücklage von ca. 900 Mio. Euro deckt gerade 1,5 % dieser Pensionslasten ab. Damit wird die Belastung auf die nächsten Generationen abgewälzt. Das halten wir für nicht akzeptabel.

Investitionsstau transparent und haushaltsverträglich abbauen

Auf Landesebene liegt der Erhaltungs- und Investitionsbedarf des öffentlichen Sektors bei mindestens 35 Mrd. Euro. Öffentliche Einrichtungen, Bezirksämter, Schulen, Straßen, Brücken, Polizei- und Feuerwehrgebäude und vieles mehr sind marode und müssen dringend saniert werden. Verantwortlich für diesen desolaten Zustand sind politische Fehlentscheidungen zahlreicher Senate bis zum heutigen Tage.

DIE AFD FORDERT:

Für die Ermittlung des tatsächlichen Finanzbedarfs jenseits ideologischer Vorgaben von Rot-Rot-Grün fordert die AfD die Ausweitung der Kameralistik um doppische Instrumente wie ressourcenorientierte Rechnungslegungsansätze (Beispiel Hamburg). Die doppische Buchführung ermöglicht aufgrund der Erfassungsstruktur die Erstellung einer prioritären Liste zum schnellen und transparenten Abbau von Investitionsrückständen.

Steuerentlastungen für alle Bürger durchsetzen

Deutschland ist das Land mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast innerhalb der OECD. Das bedeutet, dass Unternehmer, Selbständige und Arbeitnehmer unverhältnismäßig hoch belastet werden. Wir setzen uns für eine Absenkung der zu hohen Steuer- und Abgabenlast ein, damit sich Leistung in Deutschland wieder lohnt.

Auf Landesebene fordern wir die Senkung folgender Steuern:

Absenkung der Grunderwerbsteuer

Die Grunderwerbsteuer soll von derzeit 6 % auf 3,5 % abgesenkt werden. Außerdem sind einmalige Freibeträge beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum in Höhe von 100.000 Euro pro Erwachsenem und von 50.000 Euro pro Kind einzuführen.

Abschaffung der Grundsteuer

Die Grundsteuer soll vollständig abgeschafft werden. Damit sollen sowohl Mieter als auch Wohneigentumsbesitzer entlastet werden. Die vom Bund beschlossene und an die Länder übertragene Neuberechnung der Grundsteuer löst das Problem der steuerlichen Ungerechtigkeit nicht.

Umstrukturierung der Gewerbesteuer

Den Bezirken soll in Zukunft die Möglichkeit gegeben werden, eigene Einkünfte zu generieren. Wir fordern, 30 % der Gewerbesteuereinnahmen direkt den Bezirken zugutekommen zu lassen, um das bezirkliche Interesse an einer guten regionalen Wirtschaftsstruktur zu stärken.

Abschaffung der Übernachtungssteuer

Die City Tax soll abgeschafft werden. Gerade die in der Corona-Krise schwer gebeutelten Branchen Hotellerie und Gastwirtschaft dürfen nicht durch zusätzliche Steuern belastet werden.

Die Rechte des Landesrechnungshofes stärken

Berlin verfügt über mehr als 50 landeseigene Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größenordnungen. Dazu gehören u.a. die Charité, Vivantes, BVG, Berliner Wasserbetriebe, die Flughafengesellschaft FBB, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften u. v. m.

DIE AFD FORDERT:

Die Prüfrechte des Landesrechnungshofes auf alle landeseigenen Unternehmen auszuweiten. Dem Landesrechnungshof muss es gestattet sein, mit seiner Expertise neben den Verwaltungen auf Bezirks- und Landesebene sämtliche landeseigenen Unternehmen zu prüfen. Nur so lassen sich Fehlentwicklungen umfassend erkennen. Die Personalausstattung des Landesrechnungshofes ist entsprechend der Aufgabenerweiterung anzupassen.

Steuergeldverschwendung als Straftatbestand der „Haushaltsuntreue“ einführen

Wir setzen uns dafür ein, dass Steuergeldverschwendung als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden soll. Ein entsprechender Antrag zur Erweiterung des Strafgesetzbuches um den Straftatbestand „Haushaltsuntreue“ wurde bereits von der AfD-Fraktion im Bundestag eingebracht.

KAPITEL 9

Verwaltung und Demokratie

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

9. Verwaltung und direkte Demokratie

Die öffentliche Verwaltung muss bürgernah, effizient und kostensparend werden

Berlin ist Bundesland, Stadt und Einheitsgemeinde in einem. Daraus ergibt sich ein permanentes Spannungsverhältnis zwischen kommunaler Selbstverwaltung und föderaler Staatskompetenz.

Täglich erleben die Berliner den dadurch entstandenen Behördenwirrwarr und das Zuständigkeitspingpong zwischen den unterschiedlichen Akteuren. Die unklare Zuordnung führt zu unnötigen Überschneidungen, verlangsamten Entscheidungsprozessen und letztlich zu Frust bei Bürgern, Investoren und Unternehmen

DIE AFD FORDERT:

Um diesen Missständen entgegentreten und ungenutzte Ressourcen in den Berliner Ämtern besser heben zu können, fordert die AfD eine Reform der Berliner Verwaltung. Unsere Kernforderungen lauten im Einzelnen:

- ***Klare Zuordnung aller Zuständigkeiten zwischen Landes- und Bezirksverwaltung bei Erhalt der zweigliedrigen Verwaltung Berlins***
- ***Effizientere Steuerung des Mitarbeitereinsatzes durch klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten***
- ***Schaffung eines Motivations- und Anreizsystems für alle Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst***
- ***Ermöglichung einer beschleunigten Digitalisierung für alle Verwaltungsprozesse. Ziel muss eine digital basierte, bürgernahe und effiziente Verwaltung der kurzen Wege in einem arbeitsmotivierenden Umfeld sein.***
- ***Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters und der Bezirksbürgermeister. Die Direktwahl stärkt die Richtlinienkompetenz des Regierenden Bürgermeisters sowie der Bezirksbürgermeister und führt so zu klareren Prozessen an der Verwaltungsspitze.***
- ***Die Stärkung der fiskalischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der Bezirke durch eine Reform der Gewerbesteuer und andere Maßnahmen soll ein Anreizsystem für besseres Wirtschaften in den Bezirken schaffen.***
- ***Die Stärkung des Landesrechnungshofes soll zu einer klareren Kontrolle und leichteren Aufdeckung von Fehlentwicklungen auf allen Ebenen beitragen.***

Hauptverwaltung

Während die Hauptverwaltung durch die Fachaufsicht und durch Zielvereinbarungen den Bezirken einen Handlungsrahmen vorgibt, stellt der Rat der Bürgermeister die Verzahnung der Bezirke untereinander und mit dem Land sicher. Daran wollen wir festhalten.

DIE AFD FORDERT:

Allerdings fordern wir, dass die Anzahl der Senatsverwaltungen nicht Spielball des Machtausgleichs von Koalitionen sein darf, sondern sich an einem effektiven Verwaltungsaufbau orientieren muss.

Darüber hinaus fordert die AfD eine Reduzierung der Senatsverwaltungen auf neun Senatoren. Die Zahl der Staatssekretäre pro Senatsverwaltung ist auf maximal zwei zu begrenzen.

Um Mitarbeitern das Wechseln innerhalb der Berliner Verwaltung zu erleichtern, aber auch, um die Abwerbung guter Kräfte aus den Bezirksverwaltungen in die Hauptverwaltung zu verhindern, fordern wir, dass Stellenbeschreibungen und Bewertungskriterien im Sinne einer fairen Beurteilung zwischen Land und Bezirken vereinheitlicht werden.

Bezirksverwaltungen

Die AfD tritt für eine größere Eigenständigkeit der Berliner Bezirke ein.

Um mehr eigene politische Schwerpunkte in den Bezirken setzen zu können, benötigen die Bezirksverwaltungen in ihren Bereichen mehr Entscheidungskompetenzen und zusätzliche finanzielle Mittel.

DIE AFD FORDERT:

Die Bezirksbürgermeister direkt vom Volk zu wählen und mit zusätzlicher Richtlinienkompetenz im Bezirksamtskollegium auszustatten. Auch das trägt zu einer Stärkung der Bezirke bei.

Die Geschäftsbereiche des Bürgermeisters und der Stadträte sollen berlinweit normiert werden, um einen besseren Austausch zwischen den Bezirken zu ermöglichen und klare Strukturen gegenüber dem Bürger zu zeigen.

Zur Senkung der Kosten und zur Steigerung der Effizienz soll die Zahl der Bezirksverordneten zukünftig von 55 auf 45 pro BVV und die Zahl der Stadträte auf fünf begrenzt werden.

Den Bezirken muss in Zukunft die Möglichkeit gegeben werden, mehr eigene Einkünfte zu generieren. Deshalb sollen zukünftig 30 % der Gewerbesteuereinnahmen direkt den Bezirken zugutekommen. Dies fördert das bezirkliche Interesse daran, die regionale Wirtschaftsstruktur zu stärken. Die Bezirke können dann aus den eigenen finanziellen Mitteln neben den Pflichtaufgaben eigenverantwortlich Schwerpunkte bei Kultur, Wirtschaft, Umwelt oder öffentlicher Ordnung setzen.

In Bereichen, in denen in der freien Wirtschaft besonders qualifizierte Mitarbeiter für die Verwaltung zu finden sind, müssen die Anreize für einen Seiteneinstieg in den öffentlichen Dienst verbessert werden.

Landesrechnungshof

Immer wieder werden durch nicht ordnungsgemäße und wirtschaftlich falsche Verwaltungsentscheidungen Steuergelder verschwendet.

Deshalb muss der Landesrechnungshof mehr Personal und erweiterte Kompetenzen erhalten. Er hat nicht nur unabhängig zu prüfen, sondern muss auch die Möglichkeit der juristischen Nachverfolgung haben.

Verwaltungsdigitalisierung

In Berlin gibt es über 300 behördliche Antragsverfahren. Für die meisten Vorgänge müssen die Bürger persönlich beim Amt vorstellig werden, obwohl Termine oftmals nur mit wochenlanger Vorlaufzeit vergeben werden.

DIE AFD FORDERT:

Die Bereitstellungen von Online-Antragsverfahren durch stärker normierte und berlinweit vereinheitlichte Verfahren zu beschleunigen. Ziel muss es sein, einfache Verfahren innerhalb von 14 Tagen abzuschließen. Digitale Angebote der Verwaltung sollen dabei stärker als bisher aus Nutzer- und nicht vorwiegend aus Behördenperspektive konzipiert werden.

Darüber hinaus müssen durch erweiterte Angebote für Homeoffice und die Schaffung von alternierenden Telearbeitsplätzen sowie Online-Zugängen (Citrix) die Voraussetzungen geschaffen werden, um durch mitarbeiterfreundliche Arbeitsregelungen die Motivation und Leistungsbereitschaft der öffentlichen Verwaltung zu stärken.

Flankierend dazu fordert die AfD ein Online-Bewertungsinstrument für den Öffentlichen Dienst, um die Leistungen der Mitarbeiter in den Behörden durch die Bürger bewerten und für die Öffentlichkeit transparent machen zu können.

Stärkung von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie

Die Stärkung der direkten Demokratie ist ein Herzensanliegen der AfD.

Die Bürger in unserer Stadt wollen Politik aktiv mitgestalten, ohne befürchten zu müssen, dass die durch das Volk getroffenen Entscheidungen anschließend vom Abgeordnetenhaus ausgehebelt werden.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass getroffene Volksentscheide durch die Verfassung von Berlin geschützt werden. Änderungen durch das Abgeordnetenhaus bedürfen der Zustimmung des Volkes im Rahmen einer Einspruchsfrist und einem darauffolgenden Volksentscheid. Die Gesetzgebung durch das Volk ist bindend.

DIE AFD FORDERT:

Um die Akzeptanz direktdemokratischer Instrumente weiter zu erhöhen, fordern wir die Abschaffung der Quoren bei allen Bürger- und Volksentscheiden. Nur wenn die Bürger wissen, dass sie auch bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung wichtige Entscheidungen selbst treffen können, werden sie die Instrumente der direkten Demokratie langfristig annehmen.

Darüber hinaus fordern wir eine Ergänzung der Instrumente der Berliner Volksgesetzgebung um Fakultative Referenden. Wie in der Schweiz und Österreich muss es auch in Berlin unter bestimmten Bedingungen möglich sein, schlechte Gesetze im Rahmen eines „Volkseinwands“ durch das Volk rückabzuwickeln.

Parteien-Einfluss reduzieren, Doppelmandate und Parité-Gesetz verhindern

Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen schlagen wir vor, die starren Parteilisten ähnlich wie in Hamburg und Bayern durch Listen abzulösen, die Panaschieren und Kumulieren erlauben.

Mitglieder des Abgeordnetenhauses dürfen nicht gleichzeitig Mitglied im Bundestag oder Europaparlament sein und müssen sich nach einer Wahl für ein Parlament entscheiden. Hierfür ist das Landesrecht zu ändern.

Eine Verfassungsänderung zur Einführung eines sog. Parité-Gesetzes mit dem Ziel, die politischen Parteien zur paritätischen Aufstellung von Männern und Frauen auf ihren Wahllisten zu verpflichten, lehnen wir ab. Die Freiheit der Wahl und die Freiheit jeder Partei, ihre Kandidaten unabhängig vom Geschlecht selbst auszuwählen, darf nicht angetastet werden. Auch für andere Gremien lehnen wir Geschlechterquoten grundsätzlich ab.

Die AfD stellt sich gegen alle Versuche, „Gender“ und „Diversity“ im privaten Leben und auf öffentlicher Ebene durchzusetzen. Bereits bestehende Regelungen sind aufzuheben.

KAPITEL 10

Arbeit und Soziales

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

10. Arbeit und Soziales

Sozial ist, was gerecht ist!

Berlin steht vor großen sozialen Herausforderungen. Zusätzlich zu den ungelösten sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und steigender Armut müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um Berlin unabhängig von Transferzahlungen aus anderen Bundesländern zu machen.

Sozialstaatsbremse in Ergänzung zur Schuldenbremse

Ein Kurswechsel in der Sozialpolitik ist deshalb dringend erforderlich. In den kommenden Jahren muss es darum gehen, die Grundlagen unseres Sozialsystems zu sichern, nicht darum, den Sozialstaat weiter auszubauen. Analog zur Schuldenbremse sehen wir die Notwendigkeit einer sogenannten Sozialstaatsbremse, um die Abgabenlast für Wirtschaft, Steuerzahler und zukünftige Generationen zu begrenzen.

Den Sozialstaat effizienter machen

DIE AFD FORDERT:

Um den Sozialstaat gerecht und leistungsfähig zu halten, fordern wir, die Effizienz staatlicher Hilfsmaßnahmen im Rahmen von Kontroll- und Aufsichtsverfahren stärker als bislang auf den Prüfstand zu stellen und hierdurch mehr Transparenz über die Verwendung öffentlicher Mittel herbeizuführen.

Eigenverantwortung stärken. Soziale Leistungsfähigkeit sichern

Die Aufgabe des Sozialstaates besteht nicht darin, Sozialleistungsempfänger in dauerhafte Abhängigkeit vom Staat zu bringen. Vielmehr gilt es, den Bürgern verstärkt Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten und eigenverantwortliches Handeln zu fördern. Arbeit muss sich mehr lohnen als der Bezug von Sozialleistungen, und der Mindestlohnempfänger darf nicht auf zusätzliche Leistungen vom Staat angewiesen sein.
Der beste Schutz gegen Krankheit und Armut sind intakte Familien, gute Bildung und sichere Arbeit in wettbewerbsfähigen Unternehmen.

Ziel einer vorausschauenden Sozialpolitik ist es, die Leistungsfähigkeit der Beitrags- und Steuerzahler zu erhalten und ihnen keine unnötigen Lasten aufbürden.

Stetig steigende Sozialabgaben zu Lasten der Erwerbstätigen und der kommenden Generation stärken den Sozialstaat nicht, sondern schwächen ihn. Die begrenzten Mittel müssen gezielt und zweckgebunden eingesetzt werden, um vor dem Hintergrund der demografischen Verschiebungen die existentiellen Risiken auch in Zukunft abdecken zu können.

Entwicklung der EU zu einer Sozialunion verhindern

Die Entwicklung der EU zu einer Sozialunion mit länderübergreifenden Sozialversicherungssystemen lehnen wir ab. Es wird in Europa immer Länder mit leistungsfähigeren Volkswirtschaften und besser ausgebauten Sozialsystemen geben als andere.

DIE AFD FORDERT:

Damit aus den wirtschaftlichen und sozialen Unterschieden in Europa kein Anreiz zur Armutsmigration wird, fordert die AfD, dass bei der Berechnung bestimmter Sozialleistungen (wie Sozialhilfe, Hartz IV und Kindergeld) nicht das Wohnsitzlandprinzip, sondern das Heimatlandprinzip anzuwenden ist. Erst nach einer bestimmten Aufenthaltszeit und einer vorausgehenden mindestens dreijährigen sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit darf ein Wechsel in die Wohnsitzlandberechnung erfolgen. Nur so ist Arbeitnehmer-Freizügigkeit in Europa sinnvoll.

Obdachlosen helfen

In Berlin leben ungefähr 2.000 Menschen dauerhaft auf der Straße. Viele von ihnen kommen aus Osteuropa. Housing-First-Projekte können meist nur kurzfristig Abhilfe schaffen, führen aber gleichzeitig zu einem Sogeffekt für den Zuzug weiterer Obdachloser.

DIE AFD FORDERT:

Da Berlin bereits der zentrale Anlaufpunkt für osteuropäische Obdachlose ist, fordert die AfD, mehr politischen Druck auf die Herkunftsländer auszuüben und Pilotprojekte wie die RückkehrerInitiative der Hilfsorganisation Barka zu unterstützen, um eine sozial begleitete Rückkehr der Betroffenen in ihre Heimatländer zu beschleunigen.

Duale Bildung und Qualifizierung als Schlüssel für den Arbeitsmarkt

Berlin verzeichnet nach wie vor eine im Vergleich mit dem restlichen Bundesgebiet überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Über 16 % der Berliner Bevölkerung sind auf die Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Hinzu kommen weitere Berliner, die einen Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen wegen zu geringen Arbeitseinkommens haben. Auch der Anteil der Bevölkerung, der auf Grundsicherungsleistungen im Alter oder bei Erwerbsminderung angewiesen ist, liegt unverändert hoch. Nirgends in Deutschland ist die Anzahl der Jugendlichen ohne Job so groß wie in Berlin.

Eine wichtige Chance, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu verschaffen, ist das duale Ausbildungssystem. Wir setzen auf duale Bildung als das beste Mittel zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und zur Integration breiter Bevölkerungsschichten in den Arbeitsmarkt.

Daneben bedarf es einer Reform des Systems der Jobcenter. Statt planlos Kurse zu verteilen und Arbeitslose mit dem Lockruf des sogenannten „Solidarischen Grundeinkommens“ in den zweiten Arbeitsmarkt zu schleusen, fordern wir eine Qualifikationsoffensive, um Menschen für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen.

Vereinfachung und Entbürokratisierung aller Sozialleistungen

Auch wegen der Vielzahl von staatlichen Leistungen ist Berlin zu einer Hochburg der Sozialindustrie geworden. Allein im Bereich Jugendhilfe sind 200 Organisationen tätig. Mit keiner Lobby ist die Politik so eng verbunden wie mit der Wohlfahrtsindustrie. Dadurch wächst die Gefahr, dass aus einer organisierten Hilfe für Menschen in Not eine soziale Hängematte für Betroffene und eine lukrative Einkommensquelle für findige Sozialunternehmer und ihre Mitarbeiter wird.

Bundes- und Landesrechnungshof weisen immer wieder auf Steuerverschwendung im Sozialsektor hin. Gründe hierfür sind mangelnde Transparenz und Versagen der öffentlichen Verwaltung durch fehlende Wirtschaftlichkeitsberechnungen, pauschale Mittelzuweisungen, Nichtwahrnehmung von Handlungs- und Steuerungspflichten, Verstöße gegen das Haushaltsrecht und fehlende Erfolgskontrolle.

DIE AFD FORDERT:

Sämtliche Unternehmen der Wohlfahrtsindustrie regelmäßig und unabhängig zu überprüfen, damit Verschwendungsfälle eingedämmt und ineffiziente Strukturen identifiziert werden können.

KAPITEL 11

Wirtschaft und Energie

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

11. Wirtschaft und Energie

Berlin braucht ein neues Wirtschaftswunder

Die AfD ist die Partei des Mittelstands, der Selbstständigen in Handwerk, Gewerbe und Dienstleistungen sowie deren Beschäftigter. Wirtschaftliche Freiheit heißt für uns Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb ohne unnötige staatliche Hindernisse und Bürokratie.

Anders als die amtierende Landesregierung unter Rot-Rot-Grün setzen wir auf die persönliche Verantwortung der Berliner Unternehmer, die Entfaltung der wirtschaftlichen Freiheiten, den Schutz des Eigentums, die Vertragsfreiheit und die Einheit von Handeln und Haftung, um Wohlstand für alle zu schaffen.

Die Corona-Krise hat die Defizite Berlins schonungslos offengelegt. Berlin ist eine Stadt, die zu sehr auf schlecht bezahlte Dienstleister und kleine Start-ups setzt und deren hoch produktive Industriebranche viel zu klein ist, um Krisen abzufedern. Die Verwaltung ist wenig unternehmensfreundlich, die Infrastruktur marode und die Schüler sind für einen Arbeitsmarkt der Zukunft nicht ausreichend qualifiziert.

Berlin braucht einen wirtschaftlichen Aufbruch, um im Vergleich der Metropolen der Welt wieder vorne mitzumischen.

Ausbau Berlins zum innovativen Industriestandort

Eine krisensichere Wirtschaft braucht einen starken industriellen Kern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Berlin neben seinem Dienstleistungsstandbein zu einem innovativen Industriestandort ausgebaut wird. Deutsche, europäische und internationale hochproduktive Technologieunternehmen aus Zukunftsbranchen wie der Gesundheitswirtschaft, Luft- und Raumfahrt, Mobilität, Halbleiter- und Chipindustrie, Robotik, Künstliche Intelligenz, 3D-Druck sowie der IT-Bereiche, darunter Quantencomputing, müssen mit leidenschaftlichem politischem Engagement in Berlin angesiedelt werden.

Investitionsoffensive

Die durch die Corona-Krise stark geschädigte Berliner Wirtschaft muss dringend wiederbelebt werden. Dazu bedarf es auch konjunkturfördernder Impulse der öffentlichen Hand. Möglichkeiten hierzu bieten sich ausreichend, denn über Jahrzehnte wurde ein immenser Investitionsrückstand angehäuft. Der gesamte Erhaltungs- und Investitionsbedarf des öffentlichen Sektors (Schulen, Brücken, Straßen, ÖPNV, Verwaltung etc.) beläuft sich nach unserer Schätzung auf ca. 35 Milliarden Euro. Wir setzen uns dafür ein, dass der Rückbau dieses Investitionsrückstaus sofort beginnt.

In Berlin ansässige kleine und mittelständische Unternehmen sollen dabei bevorzugt mit öffentlichen Aufträgen unterstützt werden.

Gewerbeflächen sichern und transparent ausweisen

Eine ausreichende Versorgung mit Gewerbeflächen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Das Gewerbeflächenkataster muss daher transparent und öffentlich für ansiedlungswillige Unternehmen einsehbar sein.

Wir wollen die „Berliner Mischung“ aus Wohnen, Gewerbe und Unterhaltung (z. B. Gastronomie) sichern und setzen uns dafür ein, dass mit einer „Willkommenspolitik“ für Investoren dauerhaft neue Unternehmen in Berlin angesiedelt werden.

Leuchtturmprojekte und Hightech

Wir brauchen eine Stadt mit Leuchtturmprojekten, um auch nationale und internationale Zeichen zu setzen. Im Bereich der Messe- und Veranstaltungsbranche befürworten wir einen Relaunch des Internationalen Congress Centrums (ICC), sodass umsatzstarke, internationale Kongresse und Tagungen vermehrt nach Berlin gelockt werden können.

Für den ehemaligen Flughafen Tempelhof schlagen wir ein „Kompetenzzentrum für Luft- und Raumfahrt sowie alternative Mobilität“ vor. „The Mother of all Airports“ soll zu einem technologieoffenen Zukunftsort werden, wo Lufttaxis, Flugzeugkomponenten, innovative Antriebstechniken, Komponenten für die Raumfahrt sowie neuartige Verkehrsmittel entwickelt und hergestellt werden.

Auf dem Gelände des ehemaligen City-Airport Tegel wollen wir statt der wenig ambitionierten Senatsprojekte „Berlin TXL – The Urban Tech Republic“ und „Berlin TXL – Schumacher Quartier“ eine futuristische, lebenswerte Hightech-Stadt ähnlich der von Toyota in Japan geplanten „Woven City“ mit Projekten für KI-Wissenschaftler und Start-ups, Forscher und Unternehmen von Zukunftsbranchen bauen.

Rückabwicklung von Hindernissen, keine Klientelpolitik

Damit Berlin ein Neustart gelingen kann, wollen wir die für die wirtschaftliche Entwicklung hinderlichsten Gesetze der letzten Jahre auf den Prüfstand stellen. Dabei setzen wir nicht auf Verstaatlichung und Gängelung von oben, sondern auf die Befreiung der Wirtschaft von ihren staatlichen Fesseln.

Aus diesem Grund wollen wir das wirtschaftsfeindliche Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz abschaffen und das sogenannte Mobilitätsgesetz durch ein Gesetz ersetzen, das wirkliche Mobilität für alle Berliner schafft.

Bürokratie abbauen. Unternehmen entlasten

Um Unternehmen zu entlasten und Investitionen in Berlin zu erleichtern, schlagen wir die Schaffung einer „Single-Window“-Behörde vor, die von der Gewerbeanmeldung über Steuern bis zu Genehmigungen für ausländische Unternehmen alle Informationen und Formalitäten zentral bereitstellt. Zusätzlich soll ein umfangreiches Mentoringprogramm Gründungs-, Umsiedlungs- und Investitionswillige in allen Phasen unterstützen.

DIE AFD FORDERT:

Um Wirtschaftsansiedlungen zu erleichtern, fordern wir, dass das interne Gewerbeflächenkataster (GeFIS) öffentlich zugänglich wird.

Privatisierung landeseigener Unternehmen

Das Land Berlin ist zurzeit an 55 Unternehmen aus neun Branchen beteiligt. Kennzeichnend für die landeseigenen Unternehmen sind oftmals ineffiziente Prozesse, eine aufgeblähte Verwaltung und eine zu geringe Wertschöpfung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle landeseigenen Gesellschaften dahingehend überprüft werden sollen, ob ihre Dienstleistungen nicht besser durch die freie Wirtschaft erbracht werden können. Sollte dies der Fall sein, plädieren wir für eine Privatisierung der entsprechenden Unternehmenseinheiten.

Berufliche Bildung und Weiterbildung fördern

Um dem Fachkräftemangel im Handwerk besser entgegenwirken zu können, sprechen wir uns für die Erhöhung des Aufstiegs-BAföGs (Meister-BAföG), für eine Meistergründungsprämie sowie im Bereich der Weiterbildung für die Einführung eines Fortbildungsfonds nach niederländischem Vorbild aus.

Gemeinsame Strategie für die Metropolregion Berlin-Brandenburg entwickeln

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg bringt für Umland und Zentrum gleichermaßen Vorteile. Diese liegen u. a. in einer gemeinsamen Industrie- und Ansiedlungsstrategie, in einer gemeinsamen Wohnungspolitik, beim Ausbau eines eng verflochtenen Verkehrssystems sowie dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

DIE AFD FORDERT:

Eine stärkere Kooperation der Bundesländer Berlin und Brandenburg im Rahmen eines gemeinsamen Metropolraummanagements.

Bargeld: ein Zahlungsmittel mit Zukunft

Die Möglichkeit zur Bargeld-Zahlung bedeutet für viele Bürger ein Stück wirtschaftlicher Freiheit. Bargeld limitiert darüber hinaus die Möglichkeiten einer hyperexpansiven Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank, da im Falle zu hoher Negativzinsen die Sparer ihre Sichteinlagen und Sparguthaben in Bargeld umwandeln können.

Die AfD spricht sich entschieden gegen die Abschaffung des Bargeldes oder eine Limitierung von Bargeld-Zahlungen aus. Auch die großen Banknoten müssen erhalten bleiben.

Bezahlbare und sichere Energie für Berlin

Ein bestimmender Faktor für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Berlins ist die Verfügbarkeit bezahlbarer Energie. Die staatlich verordnete Förderung der erneuerbaren Energien durch die EEG-Umlage hat in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Verteuerung der Energiepreise geführt. Das Grundproblem der schwankenden Verfügbarkeit erneuerbarer Energien ist bis heute aber nicht gelöst.

Die AfD spricht sich für einen vielfältigen und kostengünstigen Energiemix aus.

Wir sind gegen eine Energiepolitik, die Wohnungsmieter und mittelständische Unternehmen mit Milliardenkosten belastet und eine schleichende Abwanderung energieintensiver Branchen in Kauf nimmt.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verschlingt jedes Jahr Milliarden Euro an Subventionen. Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft. Die Kosten der Subventionierung in Milliardenhöhe werden mittels EEG-Umlage auf die Verbraucher abgewälzt.

DIE AFD FORDERT:

Die ersatzlose Streichung des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) sowie der Energieeinsparverordnung (EnEV).

Wir sprechen uns stattdessen für mehr Wettbewerb und weniger Regulierung auf dem Energiemarkt aus – auch in Berlin. Nur so lässt sich der Energiebedarf der Berliner auf Dauer zuverlässig, kostengünstig und nachhaltig decken.

KAPITEL 12

Gesundheit

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl
des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

12. Gesundheit

Krankenhäuser auskömmlich finanzieren

Der Senat wurde in den vergangenen Jahren seiner Verantwortung für die Berliner Krankenhäuser mit ihren ca. 53.000 Beschäftigten nicht gerecht. Die unzureichende Finanzierung durch den Senat führte zu Investitionsrückständen, Arbeitsüberlastung und Ressourcenverschleiß.

DIE AFD FORDERT:

Die Investitionssumme für die Deckung des akuten Investitionsbedarfs, die Modernisierung der Medizintechnik und die Erhöhung der zur Verfügung stehenden Bettenzahl, insbesondere im Bereich Geriatrie und Psychiatrie, von 180 Mio. Euro auf 335 Mio. Euro jährlich zu erhöhen.

Nur so können die massiven Defizite der letzten Jahre ausgeglichen und die Berliner Kliniken fit gemacht werden für die Herausforderungen des demografischen Wandels mit einer deutlichen Zunahme älterer und multimorbider Patienten.

Rettungsstellen besser ausstatten

Über 1,2 Millionen Berliner suchen jährlich Hilfe in einer Rettungsstelle. Leider erwarten sie dort unakzeptable Wartezeiten, chaotische Abläufe und teilweise medizinische Inkompetenz.

Einer der Gründe liegt darin, dass die Verantwortung in den Rettungsstellen häufig auf Berufsanfänger abgewälzt wird. Modellprojekte mit einer speziell ausgebildeten ärztlichen Leitung der Rettungsstelle und zügigem Arzt-Erstkontakt haben gezeigt, dass es auch anders geht. Eine typische Wartezeit von über einer Stunde lässt sich auf gut zehn Minuten verkürzen, und das ohne medizinische Einbußen!

DIE AFD FORDERT:

Die AfD schließt sich der Forderung von Facharztverbänden an, endlich eine eigenständige Facharztausbildung für Notfallmedizin zu implementieren, um die erforderlichen Personalkapazitäten für eine effiziente und patientenorientierte Notfallversorgung aufzubauen.

Zudem halten wir es für unabdingbar, die Berliner Feuerwehr personell wie technisch so auszurüsten, dass sie ihre Aufgaben in der Notfallrettung adäquat wahrnehmen kann. Dazu zählen unter anderem verbesserte Arbeitsbedingungen, eine ausreichende Anzahl von klimatisierten Rettungsfahrzeugen sowie die umfangreiche Sanierung der Wachen.

Übergriffe auf Rettungskräfte stoppen

Die anhaltend steigende Tendenz von Angriffen auf Rettungskräfte muss gestoppt werden.

Die AfD verlangt eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Angreifern auf unsere Rettungskräfte.

Die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes wiederherstellen

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass der Berliner Senat nach wie vor keine personelle Mindestausstattung in den Gesundheitsämtern sicherstellen kann.

Der ÖGD muss endlich wieder in die Lage versetzt werden, seinen originären Aufgaben vollumfänglich nachkommen zu können. Dazu zählen Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz der Bevölkerung.

DIE AFD FORDERT:

Der Senat muss unverzüglich einen Masterplan für die langfristige Gewinnung und Bindung von medizinischem Fachpersonal für den ÖGD zu finden.

Pflege attraktiver machen

Um die Situation im Bereich der Pflege zu verbessern, fordert die AfD eine bessere Bezahlung von Pflegekräften, flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie eine Stärkung der deutschen Sprache:

Arbeitszeitmodelle und Bezahlung

Die angespannte Personalsituation in der Pflege muss durch eine bessere Bezahlung und die Ermöglichung flexiblerer Arbeitszeitmodelle entschärft werden. Flexibilität wird momentan nur auf Kosten derer umgesetzt, die ohne Einschränkungen einsetzbar sind, was zur Folge hat, dass diese Pflegekräfte permanent überlastet sind, dadurch ausbrennen und anschließend fehlen oder kündigen. Eine gebührende Wertschätzung und Anerkennung kann nur durch eine bessere Bezahlung und flexiblere Arbeitszeitmodelle sichergestellt werden. Einmalzahlungen oder Sachgeschenke können das nicht ausgleichen.

Flächentarifvertrag

DIE AFD FORDERT:

Die Einführung eines Flächentarifvertrags, der sich an der Struktur des öffentlichen Dienstes orientiert, um branchenintern Konkurrenz und Abwanderungsbewegungen zu vermeiden. Dieser Tarif soll dann für alle Träger verbindlich sein.

Deutsch als Verständigungssprache verbindlich machen

Eine verständliche Kommunikation zwischen dem medizinischen Personal und dem Patienten ist eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung.

DIE AFD FORDERT:

Sicheres Beherrschen der Fachsprache auf C1-Niveau als Einstellungsbedingung festzuschreiben. Dies dient der medizinischen Sicherheit, dem Respekt im gegenseitigen Umgang miteinander und letztendlich auch der Integration.

Katastrophenschutz wieder einsatzfähig machen

DIE AFD FORDERT:

Eine an realistischen Krisenszenarien orientierte Vorsorge für den Katastrophenfall.

Dazu gehört die vorsorgliche Einrichtung von Notfalllagern für kritische bzw. lebensnotwendige Arzneimittel, da Produktionsverlagerungen oder Produktionsausfälle im Krisenfall nicht auszuschließen sind.

Außerdem müssen Lagerkapazitäten für Nahrungsmittel geschaffen werden, da landwirtschaftliche Produkte im Krisenfall ebenfalls nicht sofort lieferbar sind. Auch wenn es in der Vergangenheit mit der Senatsreserve Vorsorge für Katastrophenfälle gab, so treten heute neue Anforderungen auf. Während früher militärische Aspekte im Vordergrund standen, so rückt jetzt die Vorsorge bei Pandemien, Umweltkatastrophen, Cyberattacken und Terroranschlägen in den Mittelpunkt der Überlegungen zum Schutz der Bevölkerung.

Die Aufrechterhaltung der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Strom, Medizinprodukten sowie der Erhalt einer intakten Infrastruktur müssen höchste Priorität haben.

KAPITEL 13

Kultur und Medien

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

13. Kultur und Medien

Kulturelle Identität stiften und kulturelles Erbe bewahren

Kultur gewährleistet den Zusammenhalt eines jeden Gemeinwesens und ist damit Voraussetzung für menschliches Zusammenleben überhaupt. In Deutschland gehört die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur zu den tragenden Säulen unseres Staates und kann nicht durch einen etwaigen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.

Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur deutschen Leitkultur: Christentum, Judentum, Humanismus und Aufklärung bilden die Grundpfeiler unseres Wertekanons. Diese großen Entwicklungslinien sind für Deutschland und Europa prägend gewesen und bedürfen dringend einer gesamtgesellschaftlichen Aktualisierung und Rückbesinnung.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Herausforderungen von Kulturrelativismus und Multikulturalismus kämpft die AfD dafür, dass Deutschland sein kulturelles Gesicht bewahrt. Der Bilderstürmerei und der Verachtung gegenüber den Traditionen unseres Landes setzen wir die Liebe zur Heimat, unser Geschichtsbewusstsein und die Pflege unseres kulturellen Erbes entgegen.

Die deutsche Muttersprache ist das Herz unserer Kulturnation. Wir bewahren die deutsche Sprache, da sich in ihr unsere Geschichte, unsere Traditionen und unsere Identität widerspiegeln. Zeitbedingte Sprachmanipulationen lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen. Wir wollen einen normalen deutschen Sprachgebrauch ohne Striche, Sternchen oder sonstige Kuriositäten.

Berlin als Kulturhauptstadt

Berlin verfügt über ein vielfältiges und lebendiges kulturelles Erbe, das Verpflichtung und wirtschaftlicher Standortfaktor zugleich ist.

Die Kulturförderung der AfD orientiert sich an folgenden Leitlinien:

- ***Wir streiten für die Freiheit der Kunst und gegen ihre ideologische Instrumentalisierung.***
- ***Politischer und religiöser Extremismus jeglicher Couleur sind eine Bedrohung der künstlerischen Freiheit und dürfen nicht unter dem Deckmantel der Kulturförderung mitfinanziert werden.***
- ***Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer.***
- ***Wir unterstützen kulturelle Eigeninitiativen und wollen die Rahmenbedingungen für gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerliche Kulturinitiativen verbessern.***

DIE AFD FORDERT:

Eine angemessene Berücksichtigung der bezirklichen Kulturstätten und treten dafür ein, neben dem Erhalt der großen Museen und Bibliotheken auch den Erhalt der lokalen Heimatmuseen und kleinen Stadtteilbibliotheken sicherzustellen.

Denkmalschutz und Kulturgutschutz

Um unser reiches Erbe auch zukünftigen Generationen zugänglich und erlebbar zu machen, unterstützt und fördert die AfD Maßnahmen zum Denkmalschutz, zur Denkmalpflege sowie zur Denkmalförderung im gesamten Stadtgebiet.

DIE AFD FORDERT:

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Landesdenkmalrats fordert die AfD eine Erhöhung der Personalstellen im Denkmalschutz. Darüber hinaus müssen die Denkmalschutzverbände nach unserer Auffassung weitere Rechte erhalten, um ihren Aufgaben angemessen nachgehen zu können.

Angesichts vermehrter Denkmalbeschädigungen und der Schändung wertvoller Kunstwerke fordert die AfD einen besseren Schutz der Zeugnisse unserer Kultur und Geschichte. Sowohl im öffentlichen Raum als auch in den Museen müssen die Sicherheits- und Vorsichtsmaßnahmen deutlich verbessert werden. Zu diesem Zweck hat die AfD-Abgeordnetenhausfraktion ein innovatives Kulturgutschutzgesetz für das Land Berlin vorgelegt.

Leistungs- und Würdenträger gehören ins Stadtbild

Mit kulturhistorischer Rücksichtslosigkeit werden derzeit im Eiltempo Straßen und Plätze in Berlin umbenannt. Federführend sind hier stets ideologische Scharfmacher. Dies führt zu undifferenzierten Beurteilungen von historischen Persönlichkeiten und willkürlichen Löschungen. Auch bei Neubenennungen überwiegen oftmals ideologische Erwägungen gegenüber sachlichen Argumenten. Die praktischen Interessen und politischen Meinungen der Anwohner werden bei den Um- und Neubenennungen nur selten berücksichtigt.

Die AfD macht sich für den Erhalt der Namen von Leistungs- und Würdenträgern im Berliner Stadtbild stark. Undifferenzierte und ahistorische Begründungen zur Tilgung von Namensgebern für Straßen und Plätze in unseren Bezirken lehnen wir ab. Ausschlaggebende Kriterien für die Benennung neuer Straßen und Plätze sollen historische und kulturelle Relevanz, gesellschaftliche Leistung und der Ortsbezug der zu ehrenden Person sein. In der Summe geht es nicht nur um die Repräsentation verdienstvoller Einzelpersönlichkeiten im Stadtbild, sondern um die Bewahrung unseres kulturellen Erbes.

Lehrkräfte an staatlichen Musik- und Kunstschulen besser bezahlen

Die künstlerische und musikalische Ausbildung und Erziehung ist wichtiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Kulturlandschaft.

Die AfD befürwortet eine breite Förderung und hochwertige Ausstattung der Musik- und Kunstschulen in Berlin. Dabei soll die Autonomie der Einrichtungen gewahrt werden. Die Zahl der Festanstellungen bei Musiklehrern muss nach unserer Auffassung erhöht werden.

Bürger vom Rundfunk-Zwangsbeitrag befreien

Wir treten dafür ein, die Rundfunkanstalten grundlegend zu reformieren. Die Krise der öffentlichrechtlichen Sender ist struktureller, finanzieller und inhaltlicher Art. Die AfD möchte die Bürger vom obligatorischen Rundfunkbeitrag befreien. Daher fordern wir die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages.

Meinungsfreiheit im Internet und in den sozialen Medien verteidigen

Die AfD verteidigt die Freiheit der Meinungsäußerung im Internet. Wir bekämpfen daher die Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit durch Zensur. Staatliche Stellen und mit Steuergeldern finanzierte Einrichtungen dürfen Bürger in sozialen Netzwerken nicht blockieren und dadurch von Debatten ausschließen. Medienfreiheit gilt für alle, nicht nur für ARD, ZDF und Co. Wir lehnen Zensurbestrebungen gegenüber Bloggern und anderen unabhängigen Medien strikt ab. Der Staat darf von erfolgreichen Internetunternehmen keine Lizenzen verlangen, wie es der Medienstaatsvertrag neuerdings vorschreibt. Die AfD fordert die Beschränkung der Landesmedienanstalten auf ihre Kernaufgaben, insbesondere auf die Vergabe von Frequenzen und den Jugendschutz.

KAPITEL 14

Sport

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl
des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

14. Sport

Mehr Sportstätten für Berlin

Berlin verfügt über zu wenige Sportflächen. Die Verbesserung der Sportinfrastruktur ist von herausragender Bedeutung für unsere Stadt.

Die AfD wendet sich entschieden gegen die Aufgabe bestehender Sportflächen. Zur besseren Dokumentation müssen Zahl und Zustand aller Sportanlagen in einem Sportstättenkataster erfasst werden.

Gerade in Neubaugebieten wird zu wenig Raum für sportliche Betätigung vorgehalten.

DIE AFD FORDERT:

Bei Neubauvorhaben im Flächennutzungsplan eine ausreichende Kapazität für Sportplätze und Sporthallen zu berücksichtigen. Bei neuen oder umzugestaltenden Stadtquartieren sind gesetzlich verbindliche Regelungen zu treffen, die den Sport ausreichend berücksichtigen. Die Umwidmung bestehender Sportstätten muss ausgeschlossen werden.

Kreative Lösungen für neue Eisflächen

Berlin hat zu wenige Eisflächen. Nicht einmal jeder Bezirk kann eine Eisbahn vorweisen. Außerdem besteht ein Instandhaltungsrückstau von fast 40 Mio. Euro. Darunter leiden alle Berliner Eissportvereine, obwohl eine enorme Nachfrage besteht.

DIE AFD FORDERT:

In den geplanten neuen Multifunktionsbädern eine Kopplung mit einer Eishalle (Kraft-Wärmeaustausch) zu ermöglichen.

Wassersport Raum zur Entfaltung geben

Berlin bietet zahlreiche Möglichkeiten für Wassersport. Viele Wassersportvereine (Segler, Ruderer, Kanuten, Taucher, Angler) haben regen Zulauf und eine lange Tradition. Sie alle benötigen rechtliche Planungssicherheit für ihre Grundstücke und Steganlagen.

Die Änderungen des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Berliner Naturschutzgesetz NatSchG Bln) haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass eine Vielzahl kleiner Bootsstege und Anlegestellen bedroht sind.

DIE AFD FORDERT

Mit Blick auf die ungenügenden Möglichkeiten des Wassersports, die Vorschriften des NatSchG Bln so zu gestalten, dass an den Berliner Seen sowie entlang von Spree und Havel wieder mehr Möglichkeiten des Anlegens und Ankerns geschaffen werden können.

Geschlossene Bäder wiedereröffnen und Berliner Bäderbetriebe sanieren

In den letzten 20 Jahren wurde etwa ein Schwimmbad pro Jahr geschlossen. Darüber hinaus beläuft sich der Sanierungsstau für die bestehenden Bäder auf mittlerweile rund 300 Mio. Euro.

Dessen ungeachtet werden in Mariendorf und Pankow zwei überdimensionale Spaßbäder für über 90 Mio. Euro geplant. Diese Bäder-Gigantomanie nutzt den Berlinern nicht.

DIE AFD FORDERT:

Die Wiedereröffnung aller geschlossenen Bäder bzw. die Errichtung von Ersatzneubauten, bis endlich das Niveau von vor 20 Jahren wieder erreicht ist. Darüber hinaus fordern wir eine Strukturreform der Berliner Bäderbetriebe, um zukünftigen Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Knappe Ressourcen besser nutzen

Bis heute gibt es keine berlinweiten und bezirklich vernetzten Sportentwicklungspläne. Dabei könnte gerade im Bereich des Freizeitsports schon eine Vernetzung der vorhandenen Angebote ein optimiertes Sportangebot und eine bessere Auslastung der Sportstätten bewirken.

Die AfD will den Breitensport und den Spitzensport gleichermaßen angemessen fördern und eine Angebotsstruktur für jedermann bereitstellen. Ziel muss es sein, einen freien Zugriff für jeden Berliner auf alle vorhandenen Sportmöglichkeiten zu schaffen.

Als Vorbild für Berlin schlägt die AfD das Modell im schottischen Glasgow vor, wo mit einer übergreifenden Servicecard alle Sportangebote einsehbar sind und auch gebucht werden können.

Sport in der Schule

Die Einbindung von Bewegung, Spiel und Sport in den schulischen Alltag muss weiter verbessert werden. Ziel sollte es sein, dass Sport-AGs mit einer möglichst großen Vielfalt von Sportarten an allen Berliner Schulen angeboten werden können.

DIE AFD FORDERT:

An allen Berliner Schulen den Sportunterricht für die Primar- und Sekundarstufe auf vier Schulstunden in der Woche zu erhöhen und möglichst in Doppelstunden zu unterrichten. Es muss gewährleistet werden, dass der Sportunterricht an allen Berliner Schulen durch qualifizierte Fachlehrer erteilt und eine schulortnahe Versorgung mit Sportflächen sichergestellt wird.

Ehrenamtliche Helfer besserstellen

Wichtigste Säule beim Breitensport ist das Ehrenamt als Basis für Nachwuchs-, Leistungs- und Spitzensport. Ohne die zahllosen ehrenamtlichen Helfer würde das Vereinswesen zusammenbrechen.

DIE AFD FORDERT:

Um die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer besser zu fördern und angemessen zu würdigen, fordert die AfD, die Ehrenamtsvergütung für ehrenamtliche Tätigkeit im Sport grundsätzlich steuerfrei zu stellen sowie alle Ehrenamtlichen mit einem kostenlosen VBB-Ticket auszustatten.

KAPITEL 15

Natur und Umwelt

Das Wahlprogramm der AfD Berlin für die Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. September 2021

15. Natur und Umwelt

Mensch, Umwelt und Natur

Naturschutz beginnt für uns mitten in der Stadt. Mensch, Umwelt und Natur gehören auch in einer Großstadt wie Berlin zusammen.

Parks und Grünflächen müssen wieder gepflegt und instand gehalten werden. Bürgerinitiativen und Vereine sind dabei einzubeziehen.

Erhalt naturnaher Lebensräume in Berlin und seinem Umland

Die einzigartige Situation, dass direkt hinter den Stadtgrenzen Berlins naturnahe Gebiete und dörfliche Strukturen anzutreffen sind, muss als Alleinstellungsmerkmal bewahrt bleiben. Eine großflächige Zersiedelung des Berliner Umlandes ist nicht im Interesse Berlins.

DIE AFD FORDERT:

Die AfD setzt sich für die behutsame Weiterentwicklung urbaner Strukturen ein. Statt der Zersiedlung des Umlandes fordern wir, dass zunächst innerstädtische Baulücken geschlossen werden und alte Fabrikgebäude und -gelände neuen Nutzungsformen zugeführt werden.

Wälder als Naherholungsgebiete für Mensch und Tier

Die meisten Forste in Berlin bestehen noch immer aus Kiefernmonokulturen mit nur sehr eingeschränktem ökologischem Wert. Unserer Auffassung nach hat sich eine moderne Forstwirtschaft in Ballungsgebieten nicht in erster Linie an Wirtschaftlichkeitsprinzipien, sondern an ökologischen Anforderungen zu orientieren.

DIE AFD FORDERT:

Die Schaffung naturnaher Mischwälder durch vermehrtes Anpflanzen unterschiedlicher heimischer Baumarten sowie den Erhalt und die Pflege von Wanderwegen, damit unsere Wälder als Naherholungsgebiete für jedermann erlebbar werden.

Fassadenbegrünung mit Kletterpflanzen

DIE AFD FORDERT:

Um die Luftqualität in der Stadt zu verbessern, fordert die AfD, mit Hilfe des sogenannten Efeuplans die Fassaden- und Dachbegrünung mit Kletterpflanzen zu fördern. Kletterpflanzen leisten einen wichtigen Beitrag zum Witterungs- und Strahlungsschutz, bieten Kühlung im Sommer und Wärmedämmung im Winter. Außerdem entsteht dadurch zusätzlicher Lebensraum für Vögel und Insekten. Flankierend soll die Investitionsbank Berlin öffentliche und private Gebäudeeigentümer dabei unterstützen.

Sauberes Wasser für unsere Stadt

Die Berliner Seen sind wichtig als Trinkwasserreservoires und für die Freizeitgestaltung der Berliner. Um die Nutzbarkeit der Badeseen zu verbessern, schlagen wir vor, invasive Wassertiere wie den Roten Amerikanischen Sumpfkrebs oder den Kalikokrebs gezielt zu entfernen, um das ökologische Gleichgewicht zu erhalten, statt ihren Bestand lediglich zu dokumentieren.

Invasive Wasserorganismen wie die Quagga-Dreikantmuschel fördern die extreme Vermehrung von hautreizenden Schlingpflanzen und verstopfen die Kläranlagen. Die Schlingpflanzen selbst behindern wiederum Schwimmer und verstopfen die Ansaugpumpen der Wasserbetriebe. Deshalb fordern wir, diese Wasser- und Schlingpflanzen aus den Seen zu entfernen und sie stattdessen zur Energieerzeugung zu nutzen.

DIE AFD FORDERT:

Die Abwasser- und Regenwassereinrichtungen vollständig von Misch- auf Trennwasser umzustellen. Dadurch soll verhindert werden, dass bei starken Regenfällen Abwasser in die Flüsse und Seen gelangt. In den Kläranlagen soll die Reinigungsstufe 4 durchgehend eingeführt werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass Chemikalien und Medikamentenrückstände wie Antibiotika und Hormone aus dem Abwasser gefiltert werden. Flankierend sollen die Gewässeranalysen ausgeweitet werden.

Für eine ökologisch nachhaltige Laubbeseitigung

Benzinbetriebene Laubbläser belasten die Umwelt mit einer Lautstärke von bis zu 115 Dezibel und stören damit in einem großen Radius massiv Mensch und Tier. Außerdem werden Klein- und Kleinstlebewesen getötet, die für das Ökosystem der Stadt wichtige Funktionen übernehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass BSR und Grünflächenämter in Zukunft nur noch Akku-Laubsauger mit einem deutlich verringerten Dezibel-Wert anschaffen dürfen. Alternativ sollen wieder verstärkt herkömmliche Handrechen eingesetzt werden.

Das Wahlprogramm der AfD-Berlin 2021

AfD | Landesverband **Berlin**

Kurfürstenstraße 79
10785 Berlin